

Berliner Juristische Universitätschriften

Herausgegeben im Auftrag der Professoren der juristischen Fakultät
an der Humboldt-Universität zu Berlin



von
Prof. Dr. Michael Kloepfer
Prof. Dr. Klaus Marxen
Prof. Dr. Rainer Schröder

- Grundlagen des Rechts
- Öffentliches Recht
- Strafrecht
- Zivilrecht



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Markgrafenstraße 12–14 • 10969 Berlin • Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de • Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

INHALT

Grundlagen des Rechts	3
Öffentliches Recht	9
Strafrecht	13
Zivilrecht	20
Autorenregister	27

GRUNDLAGEN DES RECHTS

- Band 1 Theodor Schilling
Rang und Geltung von Normen in gestuften Rechtsordnungen
1994, 720 S., geb., 56,- €, 978-3-87061-463-8
- Band 2 Birgit von Bülow
Die Staatsrechtslehre der Nachkriegszeit (1945–1952)
1996, 213 S., kart., 28,- €, 978-3-87061-518-5
- Band 3 Axel von der Straten
Die Rechtsordnung des Zweiten Kaiserreiches und die deutsche Auswanderung nach Übersee 1871–1914
1996, 320 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-566-6
- Band 4 Rainer Schröder (Hrsg.)
8. Mai 1945 – Befreiung oder Kapitulation?
1997, 217 S., kart., 43,- €, 978-3-87061-603-8
- Band 5 Heidi Althaus
Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit der Bayreuther Maurer und Zimmerleute im Jahr 1800
Der Streik der Maurer- und Zimmergesellen im Mai 1800
1997, 222 S., kart., 33,- €, 978-3-87061-637-3
- Band 6 Andreas Ott
Die Arbeitsverfassung der bayerischen Grundherrschaft
Vom 10. bis zum 14. Jahrhundert
1997, 329 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-674-8
- Band 7 Hans Hubertus von Roenne
„Politisch untragbar...?“
Die Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten der DDR im Zuge der Vereinigung Deutschlands
1997, 368 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-662-5
- Band 8 Eckardt Buchholz-Schuster
Rechtsphilosophische Legitimation der Rechtspraxis nach Systemwechseln
Eine Untersuchung zur Funktion von „Juristenphilosophie“
1998, 368 S., kart., 49,- €, 978-3-87061-772-1

- Band 9 Thomas Raiser
Schicksalsjahre einer Universität
Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994
1998, 210 S., kart., 28,- €, 978-3-87061-731-8
- Band 10 Guido Harder
Das verliehene Nutzungsrecht
Herausbildung und Entwicklung eines Rechtsinstituts des DDR-Bodenrechts
1998, 256 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-738-7
- Band 11 Christiane Raedel
Amtsenthebungen und Kündigungen von Betriebsräten in der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts
1999, 440 S., kart., 51,- €, 978-3-87061-751-6
- Band 12 Hans-Jörg Graf
Rückgabe von Vermögenswerten an Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes im Beitrittsgebiet
1999, 405 S., kart., 51,- €, 978-3-87061-781-3
- Band 13 Joachim Krämer
Industrialisierung und Feiertage
Die katholische Kirche und die gesetzlichen Regelungen der Sonn- und Feiertagsarbeit während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der preußischen Rheinprovinz
1999, 300 S., kart., 40,- €, 978-3-87061-850-6
- Band 14 Kristina Kastendieck
Der Begriff der praktischen Vernunft in der juristischen Argumentation
Zugleich ein Beitrag zur Rationalisierung und ethischen Legitimation von rechtlichen Entscheidungen unter Unsicherheitsbedingungen
 Der Begriff der praktischen Vernunft steht seit der Kalkar-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (E 49, 89 (143)) für den Anspruch auf Rationalität und juristische sowie ethische Legitimation von rechtlichen Entscheidungen unter Unsicherheitsbedingungen. Zur Verwirklichung dieses Anspruchs ist an das Entscheidungsverfahren anzuknüpfen und dieses zu strukturieren. Beiträge hierzu leisten: die aktuelle Risikoforschung, die Philosophie Kants, die Ethik sowie die heutige Rechtstheorie, insbesondere die Diskursethik.
2000, 248 S., kart., 30,- €, 978-3-8305-0058-2

Band 15 Marcus Mollnau

Die Bodenrechtentwicklung in der SBZ/DDR anhand der Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED

Da der Grundeigentumsfrage im Dogmenhaushalt der SED-Ideologie ein besonderes machtpolitisches Gewicht beigemessen wurde, widmete der SED-Parteiapparat der Gestaltung und Anwendung des Bodenrechts nachhaltige Aufmerksamkeit. Im Unterschied zu rechtszeitgeschichtlichen Betrachtungsweisen, die nur von einer Einflußnahme der SED und ihres Apparates auf die Entwicklung und Anwendung des DDR-Rechts sprechen, wird die These zur Debatte gestellt, wonach der SED-Parteiapparat als Bestandteil des realsozialistischen Rechtsmechanismus angesehen werden muß. Anhand bisher unbekannter Daten und Vorgänge wird von steckengebliebenen Gesetzgebungsvorhaben, von der Behandlung des sogenannten Westeigentums, aber auch von bodenrechtlichen und -politischen Differenzen im Parteiapparat berichtet.

2001, 537 S., kart., 55,-€, 978-3-8305-0088-9

Band 16 Jobst-Friedrich von Unger

Staatliche Kontrolle über die Treuhandanstalt

2002, 595 S., kart., 60,-€, 978-3-8305-0132-9

Band 17 Ernst Reuß

Berliner Justizgeschichte

Eine rechtstatsächliche Untersuchung zum strafrechtlichen Justizalltag in Berlin von 1945–1952, dargestellt anhand der Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Berlin-Mitte

Die Untersuchung von ca. 3000 Gerichtsakten des Amtsgerichts Berlin-Mitte aus der Zeit von 1945 bis 1952 zeigt, wie rasch sich die Justiz und die Bevölkerung auf die neuen Machtverhältnisse einstellten – und wie leicht ausgebildete oder auszubildende Juristen Spielball einer Ideologie wurden.

2000, 435 S., kart., 46,-€, 978-3-8305-0129-9

Band 18 Jenny Thauer

Gerichtspraxis in der ländlichen Gesellschaft Eine mikrohistorische Untersuchung am Beispiel eines altmärkischen Patrimonialgerichts um 1700

Erstmals in der Rechtsgeschichte wird ein mikrohistorischer Ansatz angewandt, der die genaue Rekonstruktion und kulturelle Kontextualisierung eines lokalen Fallbeispiels an die Stelle globaler Aussagen über die Rechtspraxis treten läßt. Dadurch entsteht das farbige Bild einer dörflichen Gesellschaft, in der die Ehre

tagtäglich durch Beleidigungen und körperliche Übergriffe angegriffen wurde und oft nur durch die schlichtende Tätigkeit des Richters wiederhergestellt werden konnte. Die genaue Darstellung und rechtshistorische Analyse des Gerichtsverfahrens kann außerdem Historikern, die frühneuzeitliche Gerichtsakten als Quellen heranziehen, wichtige Hintergrundinformationen liefern.

2001, 333 S., kart., 35,-€, 978-3-8305-0131-2

Band 19 Annette Roszkopf

Friedrich Karl Kaul

Anwalt im geteilten Deutschland (1906–1981)

Auf der Grundlage bisher weitgehend unbekannter Materialien zeichnet die Studie Kauls Lebensweg und seinen Aufstieg zum exponiertesten Repräsentanten der DDR in den westdeutschen Gerichtssälen nach und beleuchtet die juristischen, politischen und zeitgeschichtlichen Hintergründe seines Agierens als Anwalt im geteilten Deutschland.

2002, 395 S., kart., 45,-€, 978-3-8305-0130-5

Band 20 Pascal Weimer

Die Gemeinwirtschaft in der Anfangszeit der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik war in ihren Anfängen von der politischen Umbruchzeit und der durch den Krieg und die militärische Niederlage entstandenen wirtschaftlichen Notsituation geprägt. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich auf dem hart umkämpften Gebiet der Wirtschaftspolitik zwei selbständige Konzepte der Gemeinwirtschaft, die antraten, sich im Spannungsfeld von Marxismus und Liberalismus zu behaupten.

2002, 382 S., kart., 45,-€, 978-3-8305-0139-8

Band 21 Stefan Gerber

Zur Ausbildung von Diplomjuristen an der Hochschule des MfS (Juristische Hochschule Potsdam)

2000, 416 S., kart., 46,-€, 978-3-8305-0008-7

Band 22 Torsten Reich

Die Erforschung der objektiven Wahrheit Zivilprozessualer Wandel in der DDR

In dieser Arbeit werden die einzelnen Wandlungen des Zivilprozesses in der DDR beschrieben. Allerdings setzte die neu geschaffene DDRZPO, in Kraft getreten erst 1976, eine viel geringere Zäsur als allgemein angenommen.

2004, 251 S., kart., 33,-€, 978-3-8305-0205-0

Band 23 Silvia Bornheim

Die arbeitsrechtliche Normsetzung des Reichskommissariats in den Niederlanden

Es wird aufgezeigt, welche Rolle dem Recht im Bereich der Arbeitsverwaltung zukam. Gerade die Arbeitsverwaltung war einer der Schwerpunkte der Besatzungspolitik. Die Nutzbarmachung der niederländischen Wirtschaftsunternehmen, die Ausbeutung der niederländischen Rohstoffressourcen und die Deportation niederländischer Zwangsarbeiter waren Hauptziele der deutschen Kriegswirtschaft. Letztendlich wurde ein Drittel der erwerbsfähigen Niederländer in Deutschland zur Zwangsarbeit herangezogen. Erst durch die Legalisierungswirkung des Rechts konnte sich die Besatzungsmacht etablieren und letztlich die Zwangsarbeiterdeportation so erfolgreich durchsetzen.

2002, 245 S., kart., 30,- €, 978-3-8305-0282-1

Band 24 Andreas Scheulen

Eingrenzung der Täter – Ausgrenzung der Opfer

Anhand ausgewählter versorgungs- und entschädigungsrechtlicher Bereiche, u.a. der Versorgung der Beamten des Dritten Reiches, der Kriegsopferversorgung und der Versorgung der Opfer der Militärgerichtsbarkeit der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, wird dem Geschehen nachgegangen; die jeweiligen Entwicklungen werden einander gegenübergestellt. Besonderes Augenmerk wird der Versorgung der Angehörigen von Opfern der deutschen Militärgerichtsbarkeit gewidmet. Das Scheitern der Vergangenheitsverarbeitung durch juristische Bewertung ist auch aus der Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit ersichtlich. Die Entwicklung der Rechtsprechung der bundesdeutschen Sozialgerichte fügt sich lückenlos in die schleppende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ein. Die Arbeit wendet sich an die Rechtswissenschaft und an die allgemeine Öffentlichkeit.

2002, 293 S., geb., 45,- €, 978-3-8305-0299-9

Band 25 Thomas Thaetner

Die Zwangsvollstreckung in der DDR

Anhand der Materialien des MdJ, Gerichtsakten und Interviews, werden die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgaben für die Zwangsvollstreckung und ihre praktische Umsetzung durch die Gerichte untersucht.

2003, 287 S., kart., 42,- €, 978-3-8305-0327-9

Band 26 Katharina Hoppe

Eigentum, Erbrecht und Vertragsrecht – Die Reformvorstellungen des National-ökonomen Adolph Wagner (1835–1917)

Das Buch befaßt sich mit den teils einschneidenden Reformforderungen, die der Nationalökonom und Sozialpolitiker Adolph Wagner (1835–1917) bezüglich der Eigentums-, Erb- und Vertragsrechtsordnung des ausgehenden 19. Jahrhunderts geäußert hat. Es werden die Ansichten Wagners analysiert, den Konzeptionen seiner Zeitgenossen gegenübergestellt und vorhandene Gemeinsamkeiten aufgezeigt. Auch die Kritiker Wagners kommen zur Sprache. Schließlich geht die Autorin der Frage nach, ob und inwieweit sich Wagners Reformvorstellungen in späteren Gesetzen oder sonstigen Handlungen der Politik wiederfinden.

2003, 423 S., kart., 49,- €, 978-3-8305-0362-0

Band 27 Andreas Koch

Die historische Entwicklung des Schiedsmannwesens in Preußen von 1808 bis 1900

Neben Ursprung, Herkunft und Entstehung der seit 1827 in der deutschen Rechtspraxis agierenden Einrichtung behandelt die Darstellung die Verbreitung des Schiedsmannwesens in den preußischen Provinzen bis zum Inkrafttreten der Preußischen Schiedsmannordnung im Jahre 1879, der ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Ein Exkurs zur Wirksamkeit der schiedsmännischen Tätigkeit in den Jahren 1880 bis 1900 sowie in der Gegenwart rundet die Arbeit ab.

2003, 320 S., kart., 44,- €, 978-3-8305-0513-6

Band 28 Stephan M. Eibich

Polizei, »Gemeinwohl« und Reaktion Über Wohlfahrtspolizei als Sicherheitspolizei unter Carl Ludwig Friedrich von Hinckeldey, Berliner Polizeipräsident von 1848 bis 1856

Der Blick zurück schärft den Sinn für die Gegenwart. Diese Momentaufnahme Berlins zur Zeit der preußischen Reaktion beschreibt die wohlfahrtspolizeilichen Maßnahmen unter dem Polizeipräsidenten von Hinckeldey. Die aktennahe Spurensuche mündet in eine Auseinandersetzung mit übergeordneten Fragestellungen: „Gemeinwohl“ und Polizeibegriff, soziale Frage, Staatswirtschaft, kommunale Selbstverwaltung. Die Arbeit spielt im Schnittbereich von Verfassungs-, Verwaltungs- und Verwaltungsgeschichte.

2004, 579 S., geb., 61,- €, 978-3-8305-0596-9

Band 29 Maren Bedau

Entnazifizierung des Zivilrechts
Die Fortgeltung von NS-Zivilrechtsnormen
im Spiegel juristischer Zeitschriften
aus den Jahren 1945 bis 1949

Im Zentrum der Arbeit stehen jene Diskussionen, in denen sich deutsche Juristen über die weitere Tragfähigkeit von Zivilrechtsnovellen aus der NS-Zeit stritten. Den rechtlichen Rahmen dieser Debatten gaben die Alliierten vor. Sie erhofften sich eine „Dekontamination“ des deutschen Rechts. Im Rahmen dieser an die deutschen Juristen delegierten „Aufräumarbeit“ dominierten geltungserhaltende Tendenzen, kritische Töne gab es kaum.

2004, 445 S., kart., 53,- €, 978-3-8305-0597-6

Band 30 Kristina Graf

Das Vermögensgesetz
und das Neubauerneigentum
Annäherung an ein fremdes Recht

Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten des Vermögensgesetzes hat die Autorin knapp 5000 Restitutionsanträge und -bescheide des LARoV Schwerin statistisch erfasst und analysiert und kann daher einen aufschlussreichen Einblick in die praktische Umsetzung des Vermögensgesetzes geben. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Frage, wie sich das LARoV dem fremden Recht genähert hat: Einerseits mussten die Bearbeiter das neu entstandene Recht der offenen Vermögensfragen anwenden, andererseits war eine rechtliche Einordnung des Neubauerneigentums erforderlich. Die Bearbeitung der Restitutionsanträge wird erstmals detailliert beschrieben.

2004, 314 S., kart., 43,- €, 978-3-8305-0674-4

Band 31 Karoline Koppe

Wiedergutmachung für die Opfer von
Menschenrechtsverletzungen in Südafrika

Das Buch richtet sich an diejenigen, die sich mit der Frage der Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen in Transitionsgesellschaften beschäftigen und die ein besonderes Interesse an der südafrikanischen Vergangenheit und Gegenwart haben. Die Arbeit basiert neben veröffentlichten und unveröffentlichten Dokumenten auf Informationen, die sich aus der Teilnahme an Anhörungen der Wahrheitskommission und aus Interviews mit Kommissionsmitgliedern sowie aus der Zusammenarbeit mit südafrikanischen Rechtsanwälten ergeben haben.

2005, 316 S., kart., 40,- €, 978-3-8305-0892-2

Band 32 Ulrich Adamheit

„Jetzt wird die deutsche Wirtschaft
von ihrer Geschichte eingeholt“

Die Diskussion um die Entschädigung ehemaliger
Zwangsarbeiter am Ende des 20. Jahrhunderts

Von ihrem Beginn 1984 bis zu den internationalen Entschädigungsverhandlungen im Herbst 1998 beleuchtet die Arbeit den Umgang mit einem hochsensiblen Thema. Erst als die Bundesregierung, letztlich gezwungen durch den Druck auf die deutsche Wirtschaft, den politischen Willen zur Entschädigung entwickelte, gelang der Durchbruch.

2004, 559 S., kart., 59,- €, 978-3-8305-0858-8

Band 33 Esther Sonntag

Entwicklungstendenzen der Privatstrafen
Strafschadensersatz im antiken römischen,
im deutschen und US-amerikanischen Recht

Die Arbeit geht der Frage nach, ob die Theorie von einem kontinuierlichen Rückgang der Strafelemente im Zivilrecht haltbar ist. Daran knüpft die Kernfrage an, welche wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Faktoren den Motor der Entwicklung der pönalen Elemente bildeten. Dabei geht die Untersuchung von der Prämisse aus, daß Privatstrafe wesensverschieden von schrankenloser Rache im Stil sizilianischer Vendetten ist, weil es sich bei den Privatstrafen um eine von einer unabhängigen Instanz verhängte Sanktion handelt. Pönale Elemente spielen im geltenden deutschen Zivilrecht – gerade in neuerer Zeit – eine größere Rolle, als es uns gemeinhin bewußt ist. Da sich pönale Elemente diesseits und jenseits des Atlantiks in einem unterschiedlichen rechtlichen Umfeld bewegen, dürften in Deutschland dennoch nicht die vielbeschworenen „amerikanischen Verhältnisse“ zu erwarten sein, wenn man pönale Elemente unumwunden auch als solche bezeichnet.

2005, 432 S., kart., 49,- €, 978-3-8305-0900-4

Band 34 Michael Vothknecht

Das Recht der Arbeitsverpflichtungen
Eine rechtshistorische Untersuchung
der Normsetzung und ihrer Entwicklung
seit dem Ersten Weltkrieg

Die Arbeitsverpflichtung wird systematisch und umfassend unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen zeitgenössischen Rechtslehre und -praxis analysiert.

2004, 746 S., geb., 70,- €, 978-3-8305-0901-1

Band 35 Christoph Maier

Gewaltenteilung bei Aristoteles und in der Verfassung Athens

„Es gab keine Gewaltenteilung im modernen Sinne“, so lautet bislang das Urteil über die griechische Antike. Die Untersuchung zeigt, daß diese Wahrnehmung auf ein verkürztes Verständnis gerade der Althistoriker in bezug auf die moderne Lehre von der Gewaltenteilung zurückgeht. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der äußerst komplexen modernen Lehre offenbart die Auseinandersetzung mit Politik und Rhetorik des Aristoteles, daß eine Vielzahl der modernen Phänomene schon damals theoretisch reflektiert wurde. Eine detaillierte Analyse der *athenaion politeia*, der Verfassung Athens, gibt schließlich den Blick frei auf einen faszinierenden demokratischen Verfassungsstaat, welcher im Spannungsfeld von direkter Demokratie sowie Funktionalität des Staatswesens und Selbstbeherrschung des Demos einen „gewaltenteilenden Institutionenorganismus“ herausgebildet hat.

2006, 185 S., kart., 25,- €, 978-3-8305-1229-5

Band 36 Heinz Josef Wagner

Die Militärjustiz der DDR

Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung der Militärgerichte

Das Besondere dieser Arbeit besteht darin, dass erstmals das Aktenmaterial der Militärjustiz der DDR im Bundesarchiv – Militärarchiv – in Freiburg im Breisgau detailliert aufgearbeitet wird. Zum ersten Mal wird damit die Rechtswirklichkeit in der Militärjustiz der DDR, insbesondere in der Rechtsprechung der Militärgerichte der DDR, analysiert und dargestellt. Der Verfasser hat hierfür über 3.000 Urteile sowie ca. 700 Strafverfahrensakten herangezogen bzw. ausgewertet. Der zweite Band enthält in Tabellenform dargestellte Urteils-Jahrgänge verschiedener Militärgerichte. Weitere im Band I zitierte einzelne Urteile werden statistisch aufbereitet.

2006, 1198 S., 2 Bände, geb., 99,- €, 978-3-8305-1126-7

Band 37 Dietmar Kurze

Sozialistische Betriebe und Institutionen als Verklagte im DDR-Zivilprozess

Der Autor untersuchte die Zivilverfahren gegen sozialistische Betriebe und Institutionen auf der Grundlage von Gerichtsakten, die sich über 40 Jahre auf dem Dachboden des Amtsgerichts Berlin-Mitte angesammelt hatten. Er analysierte die Akten zunächst inhaltlich. Aufgrund zusätzlicher quantitativer Erfassung, der Ergebnisse des DFG-Projekts „Zivilrechtskultur der

DDR“ und der Daten des Ministeriums der Justiz der DDR erstellte er zahlreiche statistische Auswertungen, die einen tieferen Einblick in diese Verfahren eröffnen. Zeitzeugeninterviews mit Justitiaren, Rechtsanwälten, klagenden Bürger und anderen Beteiligten sowie das Studium von Akten des Ministeriums der Justiz der DDR, Eingaben und der juristischen Literatur der DDR ergänzten das methodische Vorgehen.

2005, 420 S., kart., 3 s/w Abb., 49,- €, 978-3-8305-1064-2

Band 38 Sophie Charlotte Preibusch

Verfassungsentwicklungen im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871–1918

Integration durch Verfassungsrecht?

Im deutsch-französischen Krieg erobert und gegen den Willen der Bewohner annektiert, mußte das junge und noch instabile Deutsche Reich Elsaß-Lothringen so schnell wie möglich rechtlich, gesellschaftlich und ökonomisch integrieren. Zunächst, 1871 bis 1879, richteten sich die Bemühungen des Reiches darauf, das als Reichsland verfasste Elsaß-Lothringen verwaltungsrechtlich neu zu organisieren. 1879 erhielt das Land die Statthalterverfassung, die ihm eine, wenn auch stark eingeschränkte, Selbstverwaltung erlaubte. Erst durch die Verfassung von 1911 wurde Elsaß-Lothringen den Bundesstaaten weitgehend angenähert. Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 wurde die Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt.

Erst als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, erhielt Elsaß-Lothringen im Oktober 1918 die volle Souveränität.

2006, 624 S., kart., 64,- €, 978-3-8305-1112-0

Band 39 Marie Louise Seelig

Heinz Potthoff (1875–1945) – Arbeitsrecht als volkswirtschaftliches und sozialpolitisches Gestaltungsinstrument

In der vorliegenden Arbeit wird die Arbeitsrechtskonzeption des Sozialpolitikers und Arbeitsrechtlers Heinz Potthoff anhand einer chronologisch-systematischen Werkanalyse dargestellt und untersucht. Heinz Potthoff (1875–1945) gilt als einer der bedeutendsten Arbeitsrechtler seiner Zeit. Als Mitglied des Reichstages, Mitglied der Kommission zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts in der Weimarer Republik, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium und als Herausgeber der Zeitschrift *Arbeitsrecht* hat er die Entwicklung des Arbeitsrechts entscheidend vorangetrieben.

2008, 266 S., kart., 35,- €, 978-3-8305-1473-2

Band 40 Annett Kästner

Eingaben im Zivilrecht der DDR

Eine Untersuchung von Eingaben zu mietrechtlichen Ansprüchen aus den Jahren 1986 und 1987

Die Arbeit beschäftigt sich mit einem Phänomen der Alltags- und Rechtspraxis der DDR – den Eingaben der Bürger an örtliche und zentrale Staats- und Parteiorgane. Es wird untersucht, ob und wie Bürger durch Einsenden von Eingaben Ansprüche zivilrechtlicher Art verwirklichen konnten. Der Untersuchung liegen Originaleingaben zugrunde, die überwiegend Ansprüche aus Mietverträgen zum Gegenstand hatten, und zwar ausschließlich Ansprüche des Mieters gegen den Vermieter. Circa 700 solcher Eingabenvorgänge wurden statistisch erfasst und einer Textanalyse unterzogen.

2006, 328 S., kart., 39,- €, 978-3-8305-1157-1

Band 41 Ulrich Möller

Die Unübertragbarkeit des Urheberrechts in Deutschland

Eine überschießende Reaktion auf Savignys subjektives Recht

Die Arbeit zeigt, dass die Unübertragbarkeit des Urheberrechts in Deutschland (§ 29 UrhG) auf den Besonderheiten der deutschen Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert beruht. Im Anschluss an eine Polemik von Savigny kämpften die Romanisten dafür, neuen Rechten wie dem Urheberrecht die Anerkennung als Rechtsobjekt zu verweigern. Als überschießende Reaktion auf diesen Druck entwickelten sich speziell in Deutschland Theorien über Persönlichkeitsrechte, die Karl Gareis, Otto von Gierke und Josef Kohler unterschiedlich ausrichteten. Aus dieser Gegenreaktion heraus wurde das Urheberrecht im deutschen Urheberrechtsgesetz von 1965 als nicht abtretbares Persönlichkeitsrecht interpretiert.

2007, 282 S., kart., 35,- €, 978-3-8305-1414-5

Band 42 Arnold Lehmann-Richter

Auf der Suche nach den Grenzen der Wiedergutmachung

Die Rechtsprechung zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung

Die Wiedergutmachung für Opfer des NS-Regimes war nach dem Zweiten Weltkrieg politisch und juristisch ein vielschichtiges Thema. Das Bundesentschädigungsgesetz von 1953 gab den im Amtshaftungsrecht wurzelnden Schadensersatzansprüchen der Verfolgten eine neue rechtliche Form. Allerdings blieb das Gesetz die

Antwort auf viele wichtige Fragen schuldig: War etwa die Verurteilung eines Zeugen Jehovas wegen Kriegsdienstverweigerung eine Verfolgungsmaßnahme? Und wie stand es um die Tat eines Offiziers der Wehrmacht, der in Athen auf offener Straße grundlos einen Juden erschossen hatte? War ein Jude anspruchsberechtigt, der vor der anrückenden Wehrmacht aus Polen geflüchtet und in der sowjetischen Internierung Schäden erlitten hatte? Die Beantwortung dieser und anderer Fragen blieb den Gerichten überlassen, deren Entscheidungspraxis Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß die Richter Entscheidungsspielräume meist zu Lasten der Verfolgten ausgelegt haben. Dies beruhte vereinzelt auf Ressentiments gegen die Opfer, überwiegend aber auf dem rechtspolitischen Bestreben, den finanziellen Umfang der Entschädigung in Grenzen zu halten.

2007, 317 S., kart., 38,- €, 978-3-8305-1476-3

Band 43 Verena Knauf

Die Zivilentscheidungen des Obersten Gerichts der DDR von 1950–1958

Veröffentlichungspraxis und Begründungskultur

Die vorliegende Arbeit untersucht erstmals fortlaufende, auch unveröffentlichte Entscheidungen des OG in Berufungs- und Kassationsverfahren, um darzustellen, ob die Veröffentlichungspraxis repräsentativ gewesen ist und die Rechtspraxis wirklichkeitsgetreu abbildete. Denn die Veröffentlichungspraxis war gelenkt, nur ausgewählte Entscheidungen des OG wurden mit dem Ziel der Anleitung und Lenkung veröffentlicht. Kriterien für die qualitative Untersuchung der Begründungskultur waren der Umgang mit der Verfassung, mit Generalklauseln, mit der Verneinung des Zivilrechtswegs und mit der Rechtstheorie.

2007, 277 S., kart., 34,- €, 978-3-8305-1360-5

Band 44 Angela Klopsch

Die Geschichte der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin im Umbruch von Weimar

Die Weimarer Republik war eine Zeit des vielfältigen Wandels. Vor allem von Kriegsniederlage und Revolution bestimmt, beschreibt sie sich als ein von radikalpolitischen Attacken begleiteter Balanceakt zwischen demokratischen Reformbestrebungen und konservativer Beharrlichkeit. Auch an der Juristischen Fakultät der Reichshauptstadt kann eine solche Umbruchphase nicht wirkungslos vorübergegangen sein. Die Autorin untersucht, welche Auswirkungen sich zeigten. Eine jeweils chronologisch aufgebaute institutionelle, per-

sonelle, fachwissenschaftliche und mitweltbezogene Analyse benennt die unterschiedlichen rechtlichen, wirtschaftlichen, emotionalen sowie praktischen Herausforderungen, denen sich die damals wohl namhafteste deutsche Juristenfakultät zu stellen hatte.

2009, 363 S., 5 sw Abb., kart., 44,- €, 978-3-8305-1666-8

Band 45 Christian Kirschke

Die Richtigkeit des Rechts und ihre Maßstäbe
Rechtspolitik, Privatrechtsmethode und
Vertragsdogmatik bei Walter Schmidt-Rimpler
(25.11.1885–27.04.1975)

Der Zivilrechtswissenschaftler Walter Schmidt-Rimpler ist im Wesentlichen als Vater der Theorie von der Richtigkeitsgewähr des Vertragsinstituts in Erinnerung geblieben, die er erstmals in einem Aufsatz aus dem Jahr 1941 ausformuliert hat. Seitdem konzentriert sich die Auseinandersetzung mit Schmidt-Rimplers Werk überwiegend auf die Frage, ob die Theorie von der Richtigkeitsgewähr ihrem Anspruch gerecht wird, das freiheitliche Vertragskonzept innerhalb heteronomer Gerechtigkeitsmaßstäbe zu legitimieren. Der Autor vertritt die Auffassung, dass diese Frage erschöpfend nur auf der Grundlage einer Analyse des bisher weitgehend unbeachtet gebliebenen Gesamtwerks Schmidt-Rimplers beantwortet werden kann. Aus dieser Perspektive zeigt er auf, dass hinter dem Begriff der Richtigkeit eine umfassende rechtstheoretische und methodologische Konzeption steht, die Schmidt-Rimpler über eine lange berufliche Schaffenszeit zwischen 1911 und 1974 entwickelt und fortschreibt.

2009, 533 S., geb., 58,- €, 978-3-8305-1670-5

ÖFFENTLICHES RECHT

Band 1 Michael Kloepfer

Verfassungsänderung statt
Verfassungsreform

Zur Arbeit der Gemeinsamen
Verfassungskommission

Unter Mitarbeit von Matthias Lang

2. Aufl. 1996, 173 S., kart., 25,- €, 978-3-87061-578-9

Band 2 Oesten Baller

Rechtlicher Gewässerschutz in Rußland:
Geschichte, Theorie und Wirklichkeit

1995, 766 S., geb., 68,- €, 978-3-87061-504-8

Band 3 Gerhard Michael

Verfassungsrechtliche Fragen
des kartellrechtlichen Aufnahmewzangs

1995, 331 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-493-5

Band 4 Klaus Joachim Grigoleit

Die Anordnung der sofortigen
Vollziehbarkeit gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4
VwGO als Verwaltungshandlung
Bezugsrahmen – Verfahren – Rechtsschutz

1997, 217 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-571-0

Band 5 Stephan Becker

Die Bindungswirkung von Verwaltungsakten
im Schnittpunkt von Handlungsformenlehre
und materiellem öffentlichem Recht

Dargestellt am Beispiel des gestuften
Verfahrens im Atom- und Immissionsschutzrecht

1997, 207 S., kart., 32,- €, 978-3-87061-605-2

Band 6 Stefanie Weber-Lejeune

Legaldefinitionen unter besonderer
Berücksichtigung des Umweltrechts

1997, 240 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-681-6

Band 7 Klaus T. Bröcker

Grenzen staatlicher Verschuldung im System
des Verfassungsstaats

1997, 263 S., kart., 40,- €, 978-3-87061-688-5

Band 8 Robert Daubner

Verfassungsumwandlung, Privatisierung
und Privatrechtskodifikation in der
Tschechischen Republik

1997, 414 S., kart., 56,- €, 978-3-87061-690-8

Band 9 Matthias Rossi

Europäisches Parlament und Haushalts-
verfassungsrecht

Eine kritische Betrachtung der parlamentarischen
Haushaltsbefugnisse

1998, 299 S., kart., 40,- €, 978-3-87061-664-9

Band 10 Dirk Uwer

Medienkonzentration und Pluralismus-
sicherung im Lichte des europäischen
Menschenrechts der Pressefreiheit

1998, 732 S., geb., 56,- €, 978-3-87061-770-7

Band 11 Gabriel Glos

Der Schutz obligatorischer Rechte durch die Eigentumsgarantie – Ein Beitrag zur Geschichte und dogmatischen Struktur des Eigentumsgrundrechts

1998, 161 S., kart., 25.–€, 978-3-87061-782-0

Band 13 Hanns-Christian Catenhusen

Die Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer

Die arbeits- und beamtenrechtlichen Grundlagen und ihre Umsetzung in der Verwaltungspraxis

1999, 408 S., kart., 51.–€, 978-3-87061-847-6

Band 14 Klaus Meßerschmidt

Gesetzgebungsermessens

2000, 1263 S., geb., 101.–€, 978-3-8305-0004-9

Band 15 Andreas Chmel

**Das Neue Berliner Verwaltungsmanagement
Konzeption und Umsetzung sowie
rechtliche Betrachtung eines politischen
Kontraktmanagements**

1999, 427 S., kart., 51.–€, 978-3-8305-0027-8

Band 16 Monika Lücke

Die Immunität staatlicher Funktionsträger

Die Arbeit untersucht, inwieweit das Völkerrecht untersagt, staatliche Bedienstete im Ausland für Hoheitsakte gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Einen Schwerpunkt bildet die Frage, ob staatliche Bedienstete im Ausland für gravierende Menschenrechtsverletzungen in einem Strafprozeß oder einem Zivilverfahren verurteilt werden dürfen. Die Analyse von nationaler Gerichtspraxis und internationalen Instrumenten zeigt, daß eine Immunitätsausnahme für Strafverfahren wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mittlerweile gewohnheitsrechtlich etabliert ist.

2000, 429 S., kart., 46.–€, 978-3-8305-0090-2

Band 17 Christian-Wolfgang Otto

**Nichtigkeitsdogma und Fehlerbehebung
im Städtebaurecht**

Verfassungsrechtlicher Rahmen – Voraussetzungen, Verfahren, Relevanz der §§ 215a Abs. 1 BauGB und 47 Abs. 5 Satz 4 VwGO

Die Arbeit wendet sich den speziellen Problemen der „Fehleranfälligkeit“ städtebaulicher Satzungen, namentlich der Bauleitpläne zu. Indem die Diskussion

auf den aktuellen rechtspolitischen Diskussionsstand gelenkt wird, werden frühere Fragestellungen der „Fehlerlehre“ relativiert. Das mit dem BauROG 1998 eingeführte „ergänzende Verfahren“ wird im Hinblick auf die Verfassungsrechtsprechung, die „Vorläuferregelungen“ im Fachplanungsrecht und die Einordnung zu den zuvor schon bestehenden Möglichkeiten der Fehlerbehebung sorgfältig untersucht.

2000, 188 S., kart., 30.–€, 978-3-8305-0128-2

Band 18 Fabian Löwenberg

**Service public und öffentliche
Dienstleistungen in Europa**

Ein Beitrag zu Art. 16 des EG-Vertrages

Der Autor weist im einzelnen nach, inwieweit der service public-Gedanke im Gemeinschaftsrecht seinen Niederschlag gefunden hat. Insbesondere würdigt er den Stellenwert der Art. 86 und Art. 16 EGV und schafft damit eine solide Grundlage für die wissenschaftliche und rechtspolitische Diskussion um die öffentliche Daseinsvorsorge.

2001, 345 S., kart., 39.–€, 978-3-8305-0206-7

Band 19 Ingo Meyer

„Der Mensch als Datenträger?“

**Zur verfassungsrechtlichen Bewertung
postnataler genetischer Untersuchungen**

„Der Mensch als Datenträger?“ gibt Antworten auf die juristischen Fragen, die sich bei der praktischen Anwendung von Gentests ergeben. Das Buch ist daher nicht nur für Bioethiker, Juristen und politische Entscheidungsträger von Interesse, sondern auch für Ärzte und Humangenetiker.

2001, 350 S., kart., 45,50 €, 978-3-8305-0207-4

Band 20 Wolfgang Gaul

Verfassungsgebung in Georgien

**Ergebnisse international rechtlicher
Beratung in einem Transformationsstaat**

„Für Georgien als wiederentstandener Staat war es alles andere als einfach, sich in der heutigen Zeit wiederzufinden und zu definieren. Die Verfassungsväter selbst waren während der Phase, in der Georgien in die Unabhängigkeit zurückfand, auf der Suche nach der Identität des eigenen Staates. In ihren Gesprächen und Diskussionen werden wir zu Zeitzeugen auf einer Reise durch das Georgien von heute.“

(Hans-Dietrich Genscher)

2001, 470 S., kart., 60.–€, 978-3-8305-0208-1

Band 21 Bernd Meyring

Die Entwicklung zustimmungsbedürftiger völkerrechtlicher Verträge nach ihrem Abschluss und ihre Auswirkungen in der deutschen Rechtsordnung

Die Arbeit geht der Frage nach, welche Mechanismen die Fortentwicklung eines Vertrages nach seinem Abschluss in der Völkerrechtsordnung erklären können. Auf dieser Grundlage widmet sie sich dann den Auswirkungen dieser Prozesse in der deutschen Rechtsordnung. Dabei wird die These vertreten, dass Änderungen völkerrechtlicher Verträge nach ihrem Abschluss dem Einfluss des Parlaments nicht entzogen sind und dieser Umstand es rechtfertigt, die Veränderungen grundsätzlich auch bei der innerstaatlichen Anwendung völkerrechtlicher Verträge ohne erneute parlamentarische Zustimmung zu berücksichtigen.

2001, 513 S., kart., 60,-€, 978-3-8305-0237-1

Band 22 Sebastian von Schweinitz

Das Maßstäbengesetz

Die Bedeutung des neuen Begriffes „Maßstäbengesetz“ wird verfassungsrechtlich eingeordnet. Ausgangspunkt ist die Auslegung der Gerichtsentscheidung. Die Untersuchung setzt sich u.a. mit Fragen der Normenhierarchie, der Gesetzgebungskompetenz, der Selbstbindung des Gesetzgebers, der zeitlichen Reihenfolge der Gesetze und der Delegation von Gesetzgebungsbefugnissen auseinander. Der Verfasser entwickelt aufbauend auf Überlegungen von Nawiasky zur Normenhierarchie eine modifizierte Ermächtigungstufen-theorie und erarbeitet Vorgaben für eine Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs in einem Gesetzgebungsvorschlag für ein Maßstäbengesetz mit einer Gesetzesbegründung um.

2003, 428 S., kart., 51,-€, 978-3-8305-0530-3

Band 23 Marco Martin

Heilung von Verfahrensfehlern im Verwaltungsverfahren

Zahlreiche Vorschriften im Verwaltungsrecht (§§ 45 VwVfG, 41 SGB X, 126 AO, 17 Abs. 6 c S. 2 FStRG, 215 a BauGB) ermöglichen der Verwaltung, einen Verfahrensrechtsfehler nachträglich in einem Fehlerbehebungsverfahren zu beseitigen. Die Heilungsvorschriften stehen jedoch im Schatten der Unbeachtlichkeits- und Rügeklauseln sowie der ergebnisfixierten verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung. Die Analyse der Funktionen des Verwaltungsverfahrens führt zu einer Kritik der herrschenden Verwaltungspraxis.

Erforderlich ist eine Neuaustarierung der Verfahrensfehlerlehre: der Fehlerheilung kommt gegenüber der Fehlerunbeachtlichkeit ein Vorrang zu.

2004, 341 S., kart., 43,-€, 978-3-8305-0643-0

Band 24 Thilo Brandner

Gesetzesänderung

Eine rechtstatsächliche und verfassungsrechtliche Untersuchung anhand der Gesetzgebung des 13. Deutschen Bundestags

Es wird der Frage nachgegangen, ob die Gesetzesänderung als eigenständiger Typus der Gesetzgebung angesehen werden kann. Sodann werden verfassungs-, aber auch europa- und internationalrechtliche Pflichten und Grenzen der Gesetzesänderung ausgelotet.

2004, 504 S., kart., 59,-€, 978-3-8305-0838-0

Band 25 Jan Schröder

Rechtsschutz gegenüber rechtmäßigem Handeln der Europäischen Union Ausgleich für Embargoschäden

Der Begriff des Rechtmäßigkeitsrechtsschutzes umfasst alle Rechtsschutzmöglichkeiten, mit denen sich der Einzelne gegen hoheitliches Verhalten wehren kann, welches kein Handlungsunrecht darstellt, aber aus der Individualperspektive zu einer unverhältnismäßigen Belastung führt. Die mit dem Rechtmäßigkeitsrechtsschutz angesprochene Frage der Einzelfallgerechtigkeit bei Härten aufgrund abstrakt-genereller, typisierender Normen wird exemplarisch anhand von Embargomaßnahmen der EU untersucht. Solche Maßnahmen, die meist Embargoresolutionen des UN-Sicherheitsrats umsetzen, sind in der Regel als rechtmäßig zu qualifizieren. Doch erleiden Unternehmen, die mit dem Zielstaat des Embargos wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, infolge des Embargos zum Teil gravierende Schäden. Die rechtliche Verantwortung für die Embargoschäden trägt gegenüber dem Einzelnen grundsätzlich die EU, konkret die EG, auch wenn neben der EU auch die UNO und die Mitgliedstaaten bei Erlass und der Umsetzung tätig werden. Inwieweit das einzelne Unternehmen einen Anspruch auf Erlass von Härtefallregelungen oder einen monetären Ausgleichsanspruch erfolgreich geltend machen kann, ist abhängig vom Ausmaß der Anerkennung des Rechtsschutzes gegenüber rechtmäßigem Handeln im Rechtssystem der EU.

2005, 366 S., kart., 46,-€, 978-3-8305-0990-5

Band 26 Christian Hullmann

Konsens oder Zwang

Völkerrechtliche Friedensregelungen der internationalen Gemeinschaft für Bosnien-Herzegowina und Irak

Das komplexe Vertragswerk von Dayton zur Beendigung des Krieges in Bosnien-Herzegowina wird hier als neuer Typ moderner Konfliktlösung durch Konsens unter Schirmherrschaft der internationalen Gemeinschaft untersucht. Das Buch fragt nach der Rechtmäßigkeit sowohl von mittels Zwang durchsetzbaren Friedensregelungen anhand des Beispiels der Resolution 687 als auch von modernen Friedensverträgen der internationalen Gemeinschaft nach dem Modell von Dayton. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Regelungen zum Schutz der Menschenrechte, zur Demokratisierung und zur Rechtsdurchsetzung, die die internationale Gemeinschaft in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit der Friedenschaffung rückt.

2005, 376 S., kart., 47,- €, 978-3-8305-0989-9

Band 27 Dörte Nieland

Das SGB III als Konfliktfeld von Sozial- und Wettbewerbsrecht

Die Beihilfenrelevanz von SGB-III-Maßnahmen unter Berücksichtigung des Vergaberechts

Die Arbeit versucht Regelungen im SGB III herauszustellen, die dazu geeignet sind, Unternehmen zu subventionieren und so in Konflikt mit dem europäischen Beihilfenrecht geraten. Hierbei geht es vornehmlich um Förderinstrumente, die von Insolvenzverwaltern genutzt werden, um Krisenunternehmen zu finanzieren, wie z. B. Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld und Transfermaßnahmen. Es wird untersucht, welche dieser Maßnahmen beihilfenrelevant sind und unter welchen Bedingungen sie mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind.

2006, 264 S., kart., 36,- €, 978-3-8305-1153-3

Band 28 Mun-Sik Jeong

Verfassungs- und europarechtliche Probleme im Stammzellgesetz (StZG)

Während der hektischen, juristisch sowie auch ethisch heiklen und noch nicht beendeten Biotechnik-Debatte hat der Bundestag am 24. 4. 2002 das Stammzellgesetz (StZG) verabschiedet und damit einen Weg zur Forschung an embryonalen Stammzellen unter strengen Auflagen geebnet. Der Konflikt zwischen dem Schutz menschlicher embryonaler Stammzellen und den Forschungsinteressen ist in einer Demokratie zwar primär in aller Öffentlichkeit zu führen, aber doch letztlich

durch das Parlament zu lösen. Allerdings hat sich eine solche parlamentarische Lösung im Rahmen der Verfassung sowie auch des Europarechts – weil das Europäische Gemeinschaftsrecht längst und zunehmend das deutsche Verfassungsrecht überschattet hat – zu halten.

2005, 261 S., kart., 36,- €, 978-3-8305-1079-6

Band 29 Thorsten Anderl

Gesetzgebung und kooperatives Regierungshandeln

Eine rechtstatachliche und verfassungsrechtliche Untersuchung anhand der Gesetzgebung des 14. und 15. Deutschen Bundestags

Während der 14. und 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ab dem Jahr 1998 häuften sich die Stimmen, die einen Machtverlust des Parlaments zu erkennen glaubten. Hintergrund war die Einsetzung zahlreicher so genannter Konsensrunden und Expertenkommissionen, die im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge für konkrete Gesetzgebungsprojekte erarbeiten sollten. In die Gremien wurden neben staatlichen Vertretern und Sachverständigen vor allem auch Vertreter solcher gesellschaftlicher Gruppen berufen, die von dem jeweiligen Vorhaben unmittelbar betroffen waren.

2006, 339 S., 1 s/w Abb., kart., 43,- €, 978-3-8305-1257-8

Band 30 Martin Ott

Das Recht auf Sezession als Ausfluss des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Der Begriff der Sezession spiegelt in exemplarischer Weise den rapiden Wandel wider, der sich im Völkerrecht in den vergangenen Jahrzehnten vollzogen hat. Die Analyse der Staatenpraxis, auf die die Arbeit besonderes Augenmerk legt, offenbart, dass das lange Zeit existierende Tabu gegenüber einem Recht auf Sezession ins Wanken geraten ist. Eine Interpretation des Selbstbestimmungsrechts als Grundlage legaler Sezessionen rührt an den Grundfesten des Völkerrechts, das in seiner traditionellen Konzeption von staatlicher Souveränität, Interventionsverbot und Anerkennung eine ausschließlich auf das Effektivitätsprinzip ausgerichtete Ordnung darstellt. Die Arbeit zeigt auf, dass das zunehmende Bekenntnis des Völkerrechts zu materiellen Werten – wie Individualrechtsschutz, Minderheitenschutz und Selbstbestimmungsrecht der Völker – keine bloße Rhetorik ist, sondern sich auch in den fundamentalen Ordnungsmustern manifestiert.

2008, 536 S., geb., 69,- €, 978-3-8305-1553-1

Band 31 Tim Weber

**Erbringung und Finanzierung
des Universaldienstes
unter Berücksichtigung
der Technikermöglichkeit
in der Telekommunikation**

**Zur Rechtfertigung
der Universaldienstleistungsabgabe des neuen
deutschen Telekommunikationsgesetzes**

Der Autor weist nach, dass die technikermöglichende Dimension des Telekommunikationsrechts bei der verfassungsrechtlichen Beurteilung der Universaldienstleistungsabgabe zu berücksichtigen ist und kommt weiter zu dem Ergebnis, dass die Universaldienstleistungsabgabe des Telekommunikationsgesetzes mit den Vorgaben des Grundgesetzes und der Sonderabgabenrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Einklang steht, also verfassungsgemäß ist.

2008, 315 S., kart., 59,-€, 978-3-8305-1565-4

STRAFRECHT

Band 2 Thomas Nappert

**Die strafrechtliche Haftung von
Bürgermeistern und Gemeinderäten
im Umweltstrafrecht**

**Dargestellt und entwickelt am Beispiel
der bayerischen Kommunalverfassung
mit Verweis auf andere Verfassungen**

1997, 297 S., kart., 45,-€, 978-3-87061-567-3

Band 3 Dirk von Selle

**Gerechte Geldstrafe
Eine Konkretisierung des Grundsatzes
der Opfergleichheit**

1997, 293 S., kart., 44,-€, 978-3-87061-568-0

Band 4 Ralf Vogl

**Stückwerk und Verdrängung
Wiedergutmachung nationalsozialistischen
Strafjustizrechts in Deutschland**

1997, 360 S., kart., 51,-€, 978-3-87061-652-6

Band 5 Willi Fahnenschmidt

**DDR-Funktionäre vor Gericht
Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch
und Korruption im letzten Jahr der DDR
und nach der Vereinigung**

Wegen „Amtsmissbrauch und Korruption“ wurde ein großer Teil der ehemaligen DDR-Prominenz angeklagt. Von Anklagen betroffen waren unter anderem Erich Honecker, Erich Mielke, Günter Mittag, Harry Tisch und Alexander Schalck-Golodkowski. Die Verfahren wurden zum größten Teil bereits während der Wendezeit 1989/90 in der DDR eingeleitet und später von der bundesdeutschen Justiz fortgeführt. Alle in diesem Zusammenhang geführten Verfahren werden aufgelistet und inhaltlich beschrieben.

2000, 369 S., kart., 41,-€, 978-3-8305-0005-6

Band 6 Toralf Rummler

**Die Gewalttaten an der deutsch-deutschen
Grenze vor Gericht**

Dem Werk liegt eine Auswertung der Justizmaterialien aus fast 200 Verfahren zugrunde, die gegen all diejenigen Personen – von den Grenzsoldaten bis hinauf zu den Mitgliedern des Politbüros – geführt wurden, die für den Einsatz von Schußwaffen und Minen an der Grenze verantwortlich waren. Der Autor wertet die Arbeit der Justiz statistisch aus und faßt die wesentlichen zeitgeschichtlichen Feststellungen der Gerichte zusammen. Darüber hinaus untersucht und bewertet er den Umgang der Rechtsprechung mit den rechtlichen Problemen bei der Bewältigung dieser Taten.

2000, 641 S., kart., 50,-€, 978-3-8305-0064-3

Band 7 Ivo Thiemrodt

**Strafjustiz und DDR-Spionage
Zur Strafverfolgung ehemaliger DDR-Bürger
wegen Spionage gegen die Bundesrepublik**

Eine umfassende Analyse der im Zuge des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik geführten Strafverfolgungsaktivitäten gegen ehemalige DDR-Bürger wegen Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik wurde bisher nicht vorgenommen. Die wohl wichtigste Ursache dafür ist, daß die den Tatkomplex betreffenden Justizmaterialien entweder gar nicht oder wegen ihres Umfangs oder aus Überlegungen des Geheimnisschutzes nur in Auszügen veröffentlicht worden sind.

2000, 394 S., kart., 43,-€, 978-3-8305-0065-0

Band 8 Florian Kutz

Amnestie für politische Straftäter in Südafrika

Von der Sharpeville-Amnestie bis zu den Verfahren der Wahrheits- und Versöhnungskommission

Die Publikation gibt einen Überblick über die südafrikanische Amnestiepraxis seit 1960 und zeigt die Unterschiede zum Lösungsansatz der Wahrheits- und Versöhnungskommission auf. Im Kern widmet sie sich der Arbeit des Amnestieausschusses. Dargestellt werden die Vorgaben des Gesetzgebers, deren historische Entwicklung, die administrative Bearbeitung der Amnestieanträge und der Verfahrensablauf sowie die Verfahrensregeln einer Amnestieanhörung. Die Arbeit schließt mit einer Schilderung von 15 exemplarischen Amnestieanhörungen.

2001, 334 S., kart., 45,-€, 978-3-8305-0105-3

Band 9 Ute Hohoff

An den Grenzen des Rechtsbeugungstatbestandes

Eine Studie zu den Strafverfahren gegen DDR-Juristen

Die Arbeit befaßt sich mit den Strafverfahren gegen DDR-Juristen nach der Wiedervereinigung. Sie richtet sich an Juristen ebenso wie an zeitgeschichtlich interessierte Leser. Die Strafverfahren werden zum einen empirisch ausgewertet, zum anderen wird die Frage nach der Gerichtsqualität aufgeworfen.

2001, 255 S., kart., 33,-€, 978-3-8305-0124-4

Band 10 Guido Klumpp

Vergangenheitsbewältigung durch Wahrheitskommissionen – das Beispiel Chile

Am Beispiel der nach dem Ende der Pinochet-Diktatur im Jahre 1990 eingesetzten chilenischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung werden die Vor- und Nachteile einer „Vergangenheitsbewältigung durch Wahrheitskommissionen“ im Vergleich zu einer strafjustitiellen Aufarbeitung erörtert. Darüber hinaus werden rechtliche Aspekte der Ausgestaltung von Wahrheitskommissionen behandelt – etwa die Frage, ob Wahrheitskommissionen die von ihnen ermittelten Täter in ihren Abschlußberichten namentlich nennen dürfen oder nicht. Die Arbeit richtet sich an juristisch und politisch Interessierte.

2001, 420 S., kart., 49,-€, 978-3-8305-0126-8

Band 11 Jan Müller

Symbol 89 – Die DDR-Wahlfälschungen und ihre strafrechtliche Aufarbeitung

Die Studie befaßt sich mit den Manipulationen der DDR-Kommunalwahlen vom Mai 1989 und der strafrechtlichen Aufarbeitung dieser Vorgänge. Sie basiert auf einer Auswertung sämtlicher einschlägiger Justizmaterialien aus den insgesamt 76 Verfahren.

2001, 465 S., kart., 58,-€, 978-3-8305-0127-5

Band 12 Boris Mende

Grenzen privater Ermittlungen durch den Verletzten einer Straftat

Die Arbeit untersucht an der Grenzlinie von Strafprozeßrecht und Verfassungsrecht, welche Rolle Private – insbesondere der Verletzte einer Straftat – im Vorverfahren spielen dürfen. Dabei wird die Frage der Zulässigkeit privater Ermittlungen im Gesamtkontext der Privatisierung des Öffentlichen betrachtet. Das Thema ist auch angesichts der Tendenz der „Verständigung im Strafprozeß“ hochbrisant.

Die Arbeit wendet sich insbesondere an Wissenschaftler sowie Praktiker der Strafjustiz und Strafverteidigung.

2001, 275 S., kart., 40,-€, 978-3-8305-0252-4

Band 13 Klaus Marxen, Koichi Miyazawa, Gerhard Werle (Hrsg.)

Der Umgang mit Kriegs- und Besatzungsunrecht in Japan und Deutschland

Japan und Deutschland haben im Zweiten Weltkrieg schwere Menschenrechtsverletzungen begangen – unterschiedlich nach Art und Umfang, aber gleichermaßen systematisch. Beide Länder machen die Erfahrung, dass diese Unrechtsvergangenheit nicht zu bewältigen ist. Sie lässt sich nicht durch kollektives Schweigen aus der Welt schaffen, nicht in Archiven ablegen oder als Gedenkritual fixieren. Alle Bemühungen dieser Art können nicht verhindern, dass diese Vergangenheit immer wieder Unruhe stiftet.

2001, 237 S., kart., 30,-€, 978-3-8305-0251-7

Band 14 Volker Nerlich

Apartheidkriminalität vor Gericht
Der Beitrag der südafrikanischen Strafjustiz
zur Aufarbeitung von Apartheidunrecht

Die Publikation untersucht, innerhalb welchen Rahmens Apartheidunrecht strafrechtlich verfolgt werden konnte und welcher Beitrag von der Strafjustiz zur Aufarbeitung des Apartheidunrechts geleistet wurde. Dazu werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Verfolgung von Apartheidunrecht in Südafrika und die einzelnen Ermittlungs- und Strafverfahren ausführlich dargestellt. Die gerichtlichen Feststellungen zu Apartheidunrecht werden jenen der Wahrheits- und Versöhnungskommission und ihres Amnestieausschusses gegenübergestellt.

2002, 381 S., kart., 46,- €, 978-3-8305-0280-7

Band 15 Holger Karitzky

Eduard Kohlrausch – Kriminalpolitik
in vier Systemen

Eine strafrechtshistorische Biographie

Der Darstellung eines spannungsreichen Juristen-Lebens folgt die Analyse der Kriminalpolitik Kohlrauschs in vier Systemen. Im Zentrum stehen seine Aktivitäten im Dritten Reich und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Untersucht werden dabei Kontinuitätslinien in der modernen Kriminalpolitik. Für die Verknüpfung der Werkanalyse mit diesem allgemeinen Erkenntnisinteresse ist Kohlrausch eine ideale Person, weil er als Nachfolger Franz von Liszts die Entwicklung des Zweckstrafrechts der modernen Schule maßgeblich mitbestimmte und sich systemübergreifend vor allem als Mitglied staatlicher Kommissionen an der Strafrechtsreform beteiligte.

2002, 578 S., kart., 55,- €, 978-3-8305-0309-5

Band 16 Philipp Osten

Der Tokioter Kriegsverbrecherprozeß
und die japanische Rechtswissenschaft

Die Arbeit stellt erstmalig die Rechtsprobleme und historischen Hintergründe des Verfahrens sowie seine Rolle in der Entwicklung des Völkerstrafrechts dar und analysiert zugleich die Reaktionen der japanischen Rechtswissenschaft auf den Tokioter Prozeß. Der japanische Umgang mit vergangenem Unrecht wird darüber hinaus im Lichte der Haltung Japans zum heutigen Völkerstrafrecht und zum Internationalen Strafgerichtshof untersucht. Die Arbeit beschäftigt sich jedoch nicht nur mit einem von der deutschen, japanischen und internationalen Forschung bisher weitgehend vernachlässigten Prozeß und seiner Rezeption. Sie zeigt

auch am Beispiel Japans auf, wie sich langfristig der weitgehende Verzicht auf eine eigenständige Auseinandersetzung mit Unrechtsvergangenheit juristisch, gesellschaftlich und politisch auswirken kann. Für die Arbeit wurde der Autor 2003 mit dem Akademiestipendium der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet.

2003, 218 S., geb., 39,- €, 978-3-8305-0376-7

Band 17 Beate Linkenheil

Laienbeteiligung an der Strafjustiz
Relikt des bürgerlichen Emanzipationsprozesses
oder Legitimation einer Rechtsprechung
„Im Namen des Volkes“?

Die Studie enthält eine Stellungnahme zugunsten der Laienbeteiligung auf der Grundlage einer Analyse der historischen Entwicklung, eines rechtsvergleichenden Exkurses sowie einer Auswertung des geltenden Gesetzes- und Verfassungsrechts. Sie verbindet den historischen „Kampf um die Schwurgerichte“ mit aktuellen praktischen Problemen, wie etwa denen der Aktenkenntnis von Schöffen und ihrer Mitwirkung an Haftentscheidungen. Abschließend werden praxisorientierte Vorschläge für eine Reform der Laienbeteiligung im Rahmen einer Gesamtreform des Strafverfahrens gemacht.

2003, 288 S., kart., 42,- €, 978-3-8305-0389-7

Band 18 Geralf Prüfer

Korruptionssanktionen
gegen Unternehmen
Regelungsdefizite/Regelungsalternativen

Der Autor analysiert verschiedene Sanktionsmöglichkeiten gegen Unternehmen zur Eindämmung von Korruption im Geschäftsverkehr. Ausgangspunkt ist die von Deutschland mangelhaft umgesetzte völkerrechtliche Verpflichtung der OECD-Konvention zur Bekämpfung von Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr. Danach ist jeder Vertragsstaat verpflichtet, gegen Unternehmen strafrechtliche oder wirksame, abschreckende nichtstrafrechtliche Korruptionssanktionen zu verabschieden. Mit dem Instrumentarium der ökonomischen Analyse des Rechts werden die deutsche Unternehmenssanktion (§ 30 OWiG i.V.m. § 334 StGB), Vorschläge zu Sanktionsvorschriften aus dem deutschen Schrifttum (Integritätspakt von TI, Unternehmensstrafe, -kuratel) sowie die US-amerikanischen Unternehmenssanktionen des Börsenrechts einer komparativen Wirkungsanalyse unterzogen.

2004, 353 S., kart., 44,- €, 978-3-8305-0641-6

Band 19 Wulf Burchards

Die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen durch Drittstaaten

Das kanadische Beispiel

In der vorliegenden Arbeit werden Chancen und Hindernisse einer extraterritorialen Strafverfolgung von Völkerstraftaten untersucht. Das kanadische Beispiel bietet sich für eine derartige Untersuchung an: Kanada ist bereits seit Ende des Zweiten Weltkriegs in die Durchsetzung des Völkerstrafrechts involviert. In den achtziger Jahren schuf man gesetzliche Grundlagen zur Verfolgung von Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen und brachte erste Fälle vor Gericht. Die juristischen und tatsächlichen Schwierigkeiten, die sich dabei ergaben, können als exemplarisch für Drittstaaten gelten, die sich der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen stellen. Es wird u.a. die kanadische Implementierung des IStGH-Statuts, der Crimes Against Humanity and War Crimes Act, mit Blick auf zukünftige Strafverfahren analysiert und bewertet.

2005, 460 S., kart., 56,-€, 978-3-8305-0888-5

Band 20 Barbara Lüders

Die Strafbarkeit von Völkermord nach dem Römischen Statut für den Internationalen Strafgerichtshof

Die vorliegende Arbeit zum Völkermord, der häufig als „crime of crimes“ bezeichnet wird, ist eine umfassende dogmatische Analyse des Tatbestandes ausgehend von der Historie der Vorschrift und unter Auswertung der internationalen Rechtsprechung und der einschlägigen Literatur.

2004, 314 S., kart., 39,-€, 978-3-8305-0895-3

Band 21 Stephan Meseke

Der Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofes

Eine völkerstrafrechtliche Analyse

Für den deutschen Rechtsanwender wird das Buch vor allem dann relevant, wenn es um die völkerstrafrechtskonforme Auslegung des deutschen Tatbestandes der Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7 Völkerstrafgesetzbuch geht, der auf der völkerrechtlichen Mutternorm des Römischen Statuts beruht.

2004, 314 S., kart., 48,-€, 978-3-8305-0884-7

Band 22 Roland Schißau

Strafverfahren wegen MfS-Unrechts **Die Strafverfahren bundesdeutscher Gerichte gegen ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR**

Auf der Grundlage des deutsch-deutschen Einigungsvertrags waren ab 1990 bundesdeutsche Strafgerichte mit Fällen sogenannter DDR-Systemkriminalität befaßt. Einen Teil dieses justitiellen Prozesses bilden 158 Anklagen gegen 260 Angeklagte, die wegen von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Ausübung ihres Dienstes begangener Straftaten erhoben wurden. Mit Ausnahme der Spionagetätigkeit stellt das Buch die sehr unterschiedlichen MfS-Tätigkeiten, die Gegenstand von Strafverfahren waren, anhand der Justizmaterialien detailliert dar. Neben massenhaft eingesetzten Überwachungsmaßnahmen, die dem Opfer häufig verborgen geblieben waren, waren längerfristig geplante Maßnahmen mit schwerer wiegenden Auswirkungen für die Betroffenen wie langjährige Haft oder Mordanschläge sowie die MfS-Tätigkeiten zur Unterdrückung von Ausreisebegehren und einige Sonderfälle Gegenstand der Verfahren.

2007, 383 S., kart., 47,-€, 978-3-8305-1140-3

Band 23 Urs P. Behrendt

Die Verfolgung des Völkermordes in Ruanda durch internationale und nationale Gerichte

Zugleich ein Beitrag zu Inhalt und Funktion des Universalitätsprinzips bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen

Im Mittelpunkt steht die Besonderheit, dass neben Ruandas Strafjustiz auch ein internationales Tribunal der Vereinten Nationen über die Geschehnisse urteilt und erstmalig auch von den Ereignissen weitgehend unberührte Drittstaaten ihre strafrechtliche Zuständigkeit hierfür ausüben. Die Untersuchung dieses Dreiklangs strafrechtlicher Zuständigkeiten analysiert jeweils die völkerrechtlichen Grundlagen und stellt die Strafverfolgungstätigkeiten dar.

2005, 399 S., kart., 49,-€, 978-3-8305-1048-2

Band 24 Claudia Cárdenas

Die Zulässigkeitsprüfung vor dem Internationalen Strafgerichtshof

Zur Auslegung des Art. 17 IStGH-Statut unter besonderer Berücksichtigung von Amnestien und Wahrheitskommissionen

Das Buch richtet sich an Juristen, die an der Entwicklung der Beziehungen zwischen staatlicher und internationaler Strafgerichtsbarkeit interessiert sind, darüber hinaus aber auch an diejenigen, die in der Diskussion über die Befugnisse des Internationalen Strafgerichtshofs nicht nur politische Argumente zur Kenntnis nehmen, sondern auch mehr über die Möglichkeiten und Grenzen des geltenden Rechts wissen wollen.

2005, 270 S., kart., 38,-€, 978-3-8305-1005-5

Band 25 Alexander Archangelskij

Das Problem des Lebensnotstandes am Beispiel des Abschusses eines von Terroristen entführten Flugzeuges

Untersucht wird vor allem die Frage, ob das „Luftsicherheitsgesetz“ tatsächlich verfassungskonform so ausgelegt werden kann, dass im Falle einer Entführung durch Terroristen ein vollbesetztes Passagierflugzeug abgeschossen werden darf. Das Buch soll vor allem die zuweilen sehr emotional und oft auch polemisch geführte, im hohen Maße politisch geprägte Auseinandersetzung auf eine sachliche, rechtlich haltbare Basis stellen und eine Rückbesinnung auf die im Grundgesetz und in der bundesdeutschen Rechtsordnung verankerten Grundsätze ermöglichen.

2005, 151 S., kart., 23,-€, 978-3-8305-1036-9

Band 26 Alexandra von Berg

Die besondere Bedeutung des Falles gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 3 Var. 3 GVG

Eine Untersuchung zur Zuständigkeitsverteilung von Strafsachen auf Amts- und Landgericht

Die Arbeit richtet sich in erster Linie an die Rechtspraxis, der eine sichere Handhabung der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Amts- und Landgericht in Strafsachen ermöglicht werden soll. Sie gibt aber auch Anlass, darüber nachzudenken, ob die häufig geäußerte Forderung einer Zusammenlegung der Eingangsgesichte mit dem Sinn des Strafverfahrens vereinbar ist.

2005, 258 S., kart., 36,-€, 978-3-8305-1095-6

Band 27 Heiko Wingenfeld

Die öffentliche Debatte über die Strafverfahren wegen DDR-Unrechts

Vergangenheitsbewältigung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit der 90er Jahre

Diese Untersuchung behandelt im Kern zwei Fragen: Zum einen, welche Resonanz die Strafverfahren wegen DDR-Unrechts in der Öffentlichkeit fanden. Zum anderen, welche Faktoren das Verhältnis zwischen Strafjustiz und Öffentlichkeit bei der Aufarbeitung von Systemunrecht bestimmen. Auf dieser Grundlage werden die Presseberichterstattung über Strafverfahren wegen Gewalttaten an der Grenze, Rechtsbeugung, MfS-Straftaten und Spionage ausgewertet. Darüber hinaus wird die öffentliche Diskussion über Verjährung und Amnestie beleuchtet.

2006, 146 S., geb., 26,-€, 978-3-8305-1196-0

Band 28 Florian Knauer

Strafvollzug und Internet

Rechtsprobleme der Nutzung elektronischer Kommunikationsmedien durch Strafgefangene

Zwischen Strafvollzug und Internet besteht ein Spannungsverhältnis. Der Strafvollzug ist von Mauern umgeben und unfrei; das Internet erscheint unendlich und frei. Das Buch geht den Fragestellungen nach, die sich aus diesem Spannungsverhältnis ergeben. Es bietet zunächst einen Überblick über die bisherigen Projekte, in deren Rahmen Strafgefangene das Internet nutzen konnten. Der Hauptteil der Arbeit untersucht die strafvollzugsrechtlichen Grundlagen der elektronischen Kommunikation von Strafgefangenen. Im Anschluss daran gibt der Autor Hinweise zur praktischen Umsetzung der Ergebnisse, stellt Reformüberlegungen an und formuliert einen Gesetzgebungsvorschlag. Abschließend wird die Debatte um die Internetnutzung durch Strafgefangene in die aktuelle Diskussion um das allgemeine Sanktionenrecht eingeordnet. Das Buch richtet sich an alle Personen, die an Fragestellungen zum Strafvollzug oder Internetrecht interessiert sind, in erster Linie jedoch an Strafvollzugswissenschaftler und -praktiker.

2006, 192 S., kart., 29,-€, 978-3-8305-1178-6

Band 29 Gerhard Werle (ed.)

Justice in Transition – Prosecution and Amnesty in Germany and South Africa

Rechtsprobleme der Nutzung elektronischer Kommunikationsmedien durch Strafgefangene

Following completion of criminal prosecutions in Germany and the end of the South African amnesty process, the contributions in this book take stock of prosecution and amnesty in Germany and South Africa from a comparative perspective. Against this backdrop, they take up new challenges and suggest new answers. This is especially true for the delicate relationship between efforts to deal with the past on the national level and international criminal justice.

2006, 277 S., kart., engl., 39,- €, 978-3-8305-1154-0

Band 30 Ulrich Roßkopf

Die innere Tatseite des Völkerrechtsverbrechens

Ein Beitrag zur Auslegung des Art. 30 IStGH-Statut

Art. 30 IStGH-Statut kodifiziert erstmalig die allgemeinen Voraussetzungen der subjektiven Zurechnungsregeln im Völkerstrafrecht. Die Freude über diese Errungenschaft weicht bei Lektüre der Norm indes schnell der Ernüchterung. Art. 30 IStGH-Statut kann vom unbefangenen Leser nicht verstanden werden.

Während von der Wissenschaft schon umfangreiche Interpretationsversuche des Art. 30 IStGH-Statut vorgelegt wurden, deckt die vorliegende Darstellung erstmals systematisch die „Konstruktionsfehler“ des Art. 30 IStGH-Statut auf und führt den bisherigen Meinungsstand in einem eigenen Interpretationsansatz zusammen.

Die Arbeit richtet sich dabei nicht nur an den „Rechtsanwender“ und die völkerstrafrechtliche Wissenschaft. Aufgrund der umfassenden Untersuchung der inneren Tatseite im Common Law und Civil Law finden auch Studierende in der gebotenen Kürze Antworten auf Fragen des Vorsatzes, die über die unpräzise Formel „Vorsatz ist Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung“ hinausgehen.

2007, 235 S., kart., 32,- €, 978-3-8305-1475-6

Band 31 Sven Brenner

Die strafrechtliche Bekämpfung der Schwarzarbeit unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte

In der Politik wird Schwarzarbeit als etwas Schädliches oder etwas moralisch Verdorbenes dargestellt. Das Buch zeigt, dass die Schwarzarbeit sehr viel differenzierter betrachtet werden sollte und durchaus auch positive Aspekte besitzt. Es werden die Größe und die Folgen der Schwarzarbeit sowie Erklärungsansätze zu deren Entstehen untersucht.

Bei der strafrechtlichen Analyse der Schwarzarbeit wird immer wieder die Frage gestellt, inwieweit die positiven Aspekte der Schwarzarbeit berücksichtigt werden können. Ingesamt wird eine liberalere, vor allem aber differenziertere Sichtweise auf die Schwarzarbeit und deren Ahndung dargestellt als häufig, vor allem in der Politik, üblich.

2008, 263 S., kart., 37,- €, 978-3-8305-1497-8

Band 32 Boris Burghardt

Die Vorgesetztenverantwortlichkeit im völkerrechtlichen Straftatsystem

Eine Untersuchung zur Rechtsprechung der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda

Bei der Vorgesetztenverantwortlichkeit handelt es sich um eine spezifisch völkerstrafrechtliche Zurechnungsfigur. Sie erfasst sowohl vorsätzliches wie auch lediglich pflichtwidriges Verhalten. Je nach Fallkonstellation lässt sich das Verhalten des Vorgesetzten als Beteiligung an der Begehung eines Völkerrechtsverbrechens, als Verstoß des Vorgesetzten gegen eine besondere völkerrechtliche Handlungspflicht oder als strafbares Nachtatverhalten begreifen. Dieser Befund hat grundsätzliche Vorbehalte gegen die Vorgesetztenverantwortlichkeit laut werden lassen. Die Rechtsfigur erscheint als Musterbeispiel einer rough justice, die in ihrer unterschiedslosen Zurechnung völkerstrafrechtlichen Unrechts möglicherweise gegen das Schuldprinzip verstößt, jedenfalls aber dem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht. Die vorliegende Untersuchung zeigt im Wege einer ausführlichen Analyse der Rechtsprechung der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda, dass diese Vorbehalte weitgehend unbegründet sind. In einem ersten Schritt werden die rezeptionsgeschichtlichen Missverständnisse aufgezeigt, die bislang einen unvoreingenommenen Blick auf die Vorgesetztenverantwortlichkeit erschwert haben. In einem zweiten Schritt wird die Rechtsfigur in das völkerrechtliche Straftatsystem eingeordnet. Erst diese Verortung ermöglicht eine Funktionsbestimmung der Vorgesetztenverantwortlichkeit im Völkerstrafrecht und damit ihre angemessene Beurteilung.

2008, 538 S., geb., 68,- €, 978-3-8305-1526-5

Band 33 Ulrike Guckes

**Opferentschädigung nach zweierlei Maß?
Eine vergleichende Untersuchung der gesetzlichen
Grundlagen der Entschädigung für das Unrecht
der NS-Diktatur und der SED-Diktatur**

Die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur ist bis heute nicht abgeschlossen. Einen Teil dieser Wiedergutmachung bilden die hier dargestellten Entschädigungen für den Verlust an Leben, Freiheit, Gesundheit und beruflichem Fortkommen. Die Zahlungen dafür nehmen sich gering aus im Vergleich zu den Millionenbeträgen, die für die Rückerstattung enteigneten Vermögens gezahlt wurden. Dennoch sind sie für die Betroffenen von außerordentlicher Bedeutung – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch wegen ihres hohen Symbolcharakters. Die Studie zeichnet die Verflechtung von NS- und SED-Opferentschädigung seit den Fünfzigerjahren nach. Erstmals werden die Leistungen der beiden großen Entschädigungskomplexe systematisch gegenübergestellt und miteinander verglichen. Hinter alledem steht die Frage, ob nicht der verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz trotz der Unterschiedlichkeit der beiden Diktaturen dieselben Entschädigungsleistungen für beide Opfergruppen verlangt. Das Buch bietet einen grundlegenden Einblick in einen kleinen, aber bedeutungsvollen Bereich deutscher Vergangenheitsbewältigung.

2008, 222 S., kart., 39,- €, 978-3-8305-1535-7

Band 34 Anja Schammler

**Transsexualität und Strafvollzug
Die Störung der geschlechtlichen Identität
von Strafgefangenen als straffvollzugsrechtliches
Problem**

Zwischen Strafvollzug und Transsexuellenschutz besteht ein Spannungsverhältnis. Während das (ältere) Strafvollzugsgesetz von einer dauerhaften Festlegung des menschlichen Geschlechts ausgeht und Freiheitsstrafen deshalb getrennt vollziehen will, unterstützt das Transsexuellengesetz den Wandel der geschlechtlichen Identität. Das Buch sucht nach Wegen, auf denen der Transsexuellenschutz unter den besonderen Bedingungen des Strafvollzuges verwirklicht werden kann. Es beleuchtet die rechtlichen Grundlagen, aus denen der Transsexuellenschutz im Kontext des Strafvollzuges erwächst, und gibt Hinweise für den konkreten Umgang mit den betroffenen Inhaftierten. Schwerpunkte liegen dabei auf der Verlegung, der medizi-

nisch-psychologischen Behandlung und auf der vorübergehenden gemischtgeschlechtlichen Unterbringung transsexueller Gefangener. Außerdem wird der Frage nachgegangen, inwieweit derzeit eine rechtspolitische Abkehr vom vollzughichen Trennungsprinzip wünschenswert und wahrscheinlich ist.

Das Buch richtet sich an alle Personen, die an Fragestellungen zum Strafvollzug oder zum Transsexuellenrecht interessiert sind, in erster Linie jedoch an Strafvollzugswissenschaftler und -praktiker.

2008, 221 S., kart., 39,- €, 978-3-8305-1557-9

Band 35 Gregoria Palomo Suárez

**Kindersoldaten und Völkerstrafrecht
Die Strafbarkeit der Rekrutierung und
Verwendung von Kindersoldaten nach Völkerrecht**

Das Thema Kindersoldaten ist in den vergangenen Jahren immer mehr in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Im Kampf gegen diese Praxis bedient sich die Weltgemeinschaft dabei zunehmend rechtlicher Instrumente. Im Wege dieser Entwicklung wurde die Rekrutierung und Verwendung von Kindersoldaten auch ein völkerstrafrechtliches Thema. Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes stellt die Rekrutierung und Verwendung von Kindersoldaten unter 15 Jahren als Kriegsverbrechen unter Strafe. Zugleich verfolgt der Sondergerichtshof für Sierra Leone auf Grundlage von Art. 4 seines Statuts Personen, die während des sierra-leonischen Bürgerkrieges Kindersoldaten verwendet haben. Eine nähere völkerstrafrechtliche Auseinandersetzung mit den völkerrechtlichen Straftatbeständen steht bis heute jedoch noch aus. Die bisherige Rechtsprechung der beiden Gerichtshöfe zeigt, dass das neuartig wirkende Kriegsverbrechen Fragen aufwirft, für die noch keine fertigen Antworten existieren. Die vorliegende Publikation nimmt dies zum Anlass, die Strafbarkeit der Rekrutierung und Verwendung von Kindersoldaten aus einer völkerstrafrechtlichen Perspektive systematisch aufzuarbeiten. Dazu gehört zunächst eine vertiefte Analyse der Statutsnormen unter kritischer Auswertung der bisherigen Rechtsprechung. Diese erfolgt auf Grundlage einer systematischen Untersuchung der völkerrechtlichen Mutternormen, auf denen das Kriegsverbrechen basiert. Darüber hinaus setzt sich die Arbeit mit einer Strafbarkeit nach Völkergewohnheitsrecht auseinander, die in ihren Grundzügen bereits vor 1998 nachweisbar ist.

2009, 406 S., geb., 49,- €, 978-3-8305-1651-4

Band 36 Ines Peterson

Die Strafbarkeit des Einsatzes von biologischen, chemischen und nuklearen Waffen als Kriegsverbrechen nach dem IStGH-Statut

ABC-Waffen werden häufig mit „Massenvernichtungswaffen“ gleichgesetzt und deshalb anders wahrgenommen als sonstige, sogenannte konventionelle Waffen. Es ist heute aber allgemein anerkannt, dass die Regeln des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts, grundsätzlich auch für ABC-Waffen gelten. Schwere Verletzungen von humanitärem Völkerrecht können als Kriegsverbrechen geahndet werden. Man sollte also annehmen, dass der Einsatz von ABC-Waffen – soweit er gegen humanitäres Völkerrecht verstößt – ein Kriegsverbrechen sein kann, für das sich die Verantwortlichen beispielsweise vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu verantworten hätten. Ob und inwieweit diese Einschätzung zutrifft, wird in der vorliegenden Arbeit geklärt.

2009, 421 S., geb., 51,- €, 978-3-8305-1671-2

Band 37 Christine Danziger

Die Medialisierung des Strafprozesses Eine Untersuchung zum Verhältnis von Medien und Strafprozess

2009, 510 S., kart., 58,- €, 978-3-8305-1675-0

ZIVILRECHT

Band 1 Hans-Peter Haferkamp

Die heutige Rechtsmißbrauchslehre – Ergebnis nationalsozialistischen Rechtsdenkens?

1995, 430 S., geb., 56,- €, 978-3-87061-488-1

Band 2 Sema Simon

Die Tagelöhner und ihr Recht im 18. Jahrhundert

1995, 391 S., kart., 51,- €, 978-3-87061-473-7

Band 3 Gero Hattstein

Gläubigersicherung durch das ehemals herrschende Unternehmen

1995, 191 S., kart., 28,- €, 978-3-87061-474-4

Band 5 Hans-Jürgen Schlinkert

Unternehmensstiftung und Konzernleitung

1995, 224 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-502-4

Band 6 Andre Botur

Privatversicherung im Dritten Reich Zur Schadensabwicklung nach der Reichskristallnacht unter dem Einfluß nationalsozialistischer Rassen- und Versicherungspolitik

1995, 238 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-501-7

Band 7 Christina Rübesamen

Die EWIV im deutschen und europäischen Wettbewerbsrecht

1995, 131 S., kart., 22,- €, 978-3-87061-506-2

Band 8 Volker Brückner

Die Kontrolle von Abfindungsklauseln in Personengesellschafts- und GmbH-Verträgen

1995, 264 S., kart., 38,- €, 978-3-87061-507-9

Band 9 Fred G. Bär

Die Schranken der inneren Vereinsautonomie – historisch-dogmatische Überlegungen zu einem Vereinsgesetz

1996, 423 S., geb., 56,- €, 978-3-87061-552-9

Band 10 Rüdiger Veil

Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung

1996, 293 S., kart., 43,- €, 978-3-87061-552-9

Band 12 Joachim Heitsch

Das Bezugsrecht der Gesellschafter der GmbH bei Kapitalerhöhungen

1997, 205 S., kart., 28,- €, 978-3-87061-570-3

Band 13 Tobias Masing

Betriebliche Altersversorgung in der Unternehmensspaltung Der individuelle Schutz von unmittelbaren Versorgungszusagen in einer neuen Sukzessionsform

1997, 315 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-584-0

Band 14 Markus Escher

Die Vererbung von Eigenheimen auf ehemals volkseigenen Grundstücken

1997, 388 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-553-6

Band 15 Andre Sayatz

Das Schicksal der Reichsmark-Wertpapiere und auf ausländische Währungen lautenden Deutschen Schuldverschreibungen nach 1945
Historische und neue Versuche einer Wertpapierbereinigung

1998, 248 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-675-5

Band 16 Jutta Keßler

Das System der Warenverkehrsfreiheit im Gemeinschaftsrecht

– Zwischen Produktbezug und Verkaufsmodalitäten –

1997, 396 S., kart., 51,- €, 978-3-87061-668-7

Band 17 Barbara Keil

Fehlerhafte Unternehmenskäufe
Konzept eines funktionsäquivalenten Zwei-Wege-Modells für die Rückabwicklung

1998, 302 S., kart., 44,- €, 978-3-87061-716-5

Band 18 Regina Wolframm

Mitteilungspflichten familiär verbundener Aktionäre nach § 20 Aktiengesetz

1998, 209 S., kart., 32,- €, 978-3-87061-717-2

Band 19 Ines Zenke

Genehmigungszwänge im liberalisierten Energiemarkt
Eine Studie über § 3 EnWG 1998 unter Berücksichtigung des Europäischen Rechts

1998, 365 S., kart., 51,- €, 978-3-87061-752-3

Band 20 Tobias Klose

Das Verhältnis des deutschen zum europäischen Kartellrecht in der Verfügungspraxis des Bundeskartellamtes

1998, 279 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-767-7

Band 21 Beatrice Kramm

Handelsregisterrecht
Reformvorschläge unter Berücksichtigung des deutschen, französischen und englischen Systems

1998, 324 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-783-7

Band 22 Claudia Pörnig

Die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft – ein Personen- und Kapitalgesellschaftsrecht verbindendes Konzept

1999, 257 S., kart., 34,- €, 978-3-87061-826-1

Band 23 Berenice Möller

Die rechtliche Stellung und Funktion des Aufsichtsrats in öffentlichen Unternehmen der Kommunen

1999, 332 S., kart., 45,- €, 978-3-87061-878-0

Band 24 Andreas Lenz

Gesellschafter- und Gläubigerschutz bei dem Formwechsel einer OHG in eine GmbH

Das 1995 in Kraft getretene Umwandlungsgesetz hat den Gesellschafter- und Gläubigerschutz weitgehend vereinheitlicht. Die Gesetz gewordenen Regelungen lehnen sich stark an das bereits bisher für die Verschmelzung und den Formwechsel unter Kapitalgesellschaften geltende Gesetz an. Für den Formwechsel einer OHG in eine GmbH stellt sich daher die Frage, ob die vorgesehenen Schutzmechanismen den besonderen Verhältnissen dieser Wechselkonstellation angemessen Rechnung tragen. Im Vordergrund der Untersuchung stehen daher die in der Praxis wesentlichen Fragen der notwendigen Beschlußmehrheit, der Rechte überstimmter Gesellschafter, der Darstellung der Stammkapitalziffer einschließlich der bilanziellen Folgemaßnahmen sowie der Voraussetzungen des Sicherungsanspruchs von Gläubigern.

2000, 355 S., kart., 40,- €, 978-3-87061-873-5

Band 25 Valerie Julia Makowski

**Cash-Management
in Unternehmensgruppen**

**Zulässigkeitsvoraussetzungen und Grenzen
der zentralen Konzernfinanzierung**

Es wurden vor allem Fragen der tatsächlichen Gestaltungspraxis, der Konzernbildung, der Organkompetenzen, des Kapitalerhaltungs- und Ersatzrechts, der Treuepflicht, der konzerninternen Ausgleichsansprüche, der Pflichten der Gesellschaftsorgane sowie Möglichkeiten der Transparenz behandelt. Daneben wurden Fragen der Praxis der Besicherung der Verbindlichkeiten des herrschenden Unternehmens durch die abhängigen Gesellschaften untersucht. Im Anschluß an die Untersuchung der einzelnen Probleme finden sich häufig Gestaltungsempfehlungen für die Praxis.

Die Arbeit richtet sich an diejenigen, die sich einen Überblick über die Praxis des zentralen Cash-Managements verschaffen wollen. Neben der Wissenschaft ist es auch für den Praktiker interessant, da gerade die praktische Ausgestaltung des Cash-Managements und nicht dogmatische Fragen Gegenstand der Untersuchung sind.

2000, 300 S., kart., 36,-€, 978-3-8305-0006-3

Band 26 Heinrich Theißen

**Die Gründung einer Holdinggesellschaft
de lege ferenda**

**Vorschlag einer zukünftigen Regelung
im Umwandlungsgesetz**

In der vorliegenden Arbeit werden die Wege untersucht, die im geltenden Recht beschritten werden, um eine Holdinggesellschaft zu gründen. In einem weiteren Schritt wird ein spezialgesetzliches Gründungsverfahren zur Gründung einer Holdinggesellschaft entwickelt. Es enthält einen konzernrechtlichen Präventivschutz für die beteiligten Gesellschaften, deren Anteilsinhaber und Gläubiger unter Beachtung der unternehmerischen Interessen der beteiligten Gesellschaften.

2000, 213 S., kart., 28,-€, 978-3-8305-0007-0

Band 27 Catherine Mackensen

Schulbücher im Binnenmarkt

– Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den europäischen Schulbuchhandel im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Integration und nationaler Bildungsautonomie –

Das europarechtliche Werk beschäftigt sich mit der Möglichkeit eines europäischen Binnenmarktes für Schulbücher. In einem acht ausgewählte Mitgliedstaat-

ten umfassenden Länderbericht wird dargestellt, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen Schulbücher in Europa verfaßt, verlegt und vertrieben werden. Es wird gezeigt, daß vor allem die Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungssystemen zur Zersplitterung der europäischen Schulbuchmärkte führen – „Schulbuchmärkte als Spiegelbild des Bildungswesens“.

2001, 445 S., kart., 49,-€, 978-3-8305-0209-8

Band 28 Jens Schulze zur Wiesche

**Lückenhafte Selektivvertriebssysteme
im deutschen und europäischen Kartell-
und Wettbewerbsrecht**

2000, 249 S., kart., 30,-€, 978-3-8305-0009-4

Band 30 Michael Müller

**Der deutsche Berufsfußball – vom
Idealverein zur Kapitalgesellschaft**

2000, 236 S., kart., 30,-€, 978-3-8305-0089-6

Band 31 Stefan Middendorf

**Recht auf Arbeit in der DDR
Von den theoretischen Grundlagen bis zu den
Berufsverboten für Ausreisewillige**

2000, 488 S., kart., 50,-€, 978-3-8305-0084-1

Band 32 Tina A. Koch

**Grundsätze ordnungsgemäßer Kapitalanlage
in Industrie- und Handelsunternehmen**

Die Arbeit geht der Frage nach, inwieweit Finanzgeschäfte mit dem herkömmlichen Unternehmensgegenstand der Nichtbanken vereinbar sind – eine Frage, die die Gerichte bereits beschäftigt hat. Zudem haben Unternehmensschief lagen den Gesetzgeber zur Neufassung der aktienrechtlichen Vorstandspflichten veranlaßt. Der neue § 91 Abs. 2 AktG betont die Pflicht des Vorstandes, Maßnahmen zur Früherkennung von Risiken zu ergreifen.

2000, 223 S., kart., 30,-€, 978-3-8305-0120-6

Band 33 Bernhard Gause

**Europäisches Konzernrecht im Vergleich
Eine Untersuchung auf der Grundlage
des portugiesischen Rechts**

2000, 362 S., kart., 41,-€, 978-3-8305-0122-0

Band 34 Philipp Hackländer
**„Im Namen des Deutschen Volkes“
Der allgemein-zivilrechtliche Prozeßalltag
im Dritten Reich am Beispiel der
Amtsgerichte Berlin und Spandau**
2001, 319 S., kart., 40,- €, 978-3-8305-0123-7

Band 35 Anne Danco
**Die Perspektiven der Anspruchsverjährung
in Europa**
**Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter
besonderer Berücksichtigung der Sachmängel-
gewährleistungsfristen im Kaufrecht**
2001, 349 S., kart., 42,- €, 978-3-8305-0210-4

Band 36 Philipp Härle
Die Terminbörsen EUREX und WTB
Das Börseninnen- und Börsenaußenverhältnis
Die Terminbörsen EUREX und WTB sind Computerbörsen mit rechtlich verselbständigtem Clearinghaus. Börsenhändler geben Aufträge und Quotes an dezentral gelegene Computerterminals ein, die durch das Matching zusammengeführt werden, wenn sich die Computererklärungen ausführbar gegenüberstehen. Der Vertrag über das Termingeschäft kommt zwischen den Clearingmitgliedern und dem Clearinghaus zustande. Der Autor untersucht, ob das System der an den Terminbörsen gehandelten Kontrakte im Börseninnenverhältnis der tradierten Zivilrechtsdogmatik genügt und in Konfliktfällen zu sachgerechten Ergebnissen führt.
2003, 284 S., kart., 40,- €, 978-3-8305-0211-1

Band 37 Christian Boetzkas
**Rechtsprobleme von Geldautomaten-
gebühren und Wertpapierprovisionen**
Eine zivil- und kartellrechtliche Untersuchung
2001, 269 S., kart., 40,- €, 978-3-8305-0212-8

Band 38 Markus C. Hottenrott
**Ausgesuchte Fragen des Rechts
der Begebung von Globalanleihen
durch deutsche Emittenten**
Das Buch wendet sich primär an Personen, die als bankangestellter Jurist oder als Rechtsanwalt mit der Emission von Anleihen befaßt sind. Insbesondere die Teile I und II geben einen Einstieg in die Praxis der Emission von Anleihen, die juristischen Fragestellungen sowie die wirtschaftlichen Zusammenhänge.
2002, 255 S., kart., 38,- €, 978-3-8305-0283-8

Band 39 Immanuel Gebhardt, Zhang Yuqing,
Rainer Schröder (eds.)
**Comparative Analysis on the Chinese
Contract Law**
The present book offers a helpful guideline, not only to Chinese and German legal practitioners and officials but also to scholars and students interested in comparative aspects of Chinese and German contract law.
2003, 439 S., kart., engl., 49,- €, 978-3-8305-0366-8

Band 40 Frank Westphal
**Der nicht zweckgebundene Erwerb
eigener Aktien**
**Die Umsetzung des Artikels 19 Absatz 1 der
zweiten gesellschaftlichen Richtlinie in England,
den Niederlanden und Deutschland**
Die Arbeit untersucht im ersten Teil die Umsetzung des Art. 19 Abs. 1 der zweiten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie in verschiedenen Mitgliedstaaten. Im zweiten Teil werden dann Einzelprobleme des Gläubiger- und Aktionärsschutzes herausgegriffen und eingehend erörtert. Die Ergebnisse werden abschließend zusammen mit einem Regelungsvorschlag im dritten Teil dargelegt.
2003, 344 S., kart., 43,- €, 978-3-8305-0598-3

Band 41 Olav Brockmann
**Die Kurspflegeverpflichtung des Emissions-
konsortiums bei Aktienemissionen**
**Analyse der schuld-, gesellschafts-,
wettbewerbs- und kartellrechtlichen Fragen**
Die Arbeit wirft in ihrem ersten Teil die Frage auf, welche Rechte und Pflichten die Mitglieder des Emissionskonsortiums im Hinblick auf die Kurspflege binden. Zur Bestimmung eines Haftungsgrundes wird die wirtschaftliche Funktion der Kurspflege im Emissionszusammenhang untersucht. Es wird eine Kurspflegeverpflichtung als gesetzliche Schutzpflicht herausgearbeitet, deren Umfang sich in einem beweglichen System bestimmen läßt. In einem zweiten Teil der Arbeit wird das Kurspflegeverhalten des Emissionskonsortiums als Eingriff in den Wettbewerb des frühen Sekundärhandels hinterfragt. Dabei wird unter Berücksichtigung der zivilrechtlichen Wertungen und der Interessen des Kapitalmarktes aufgezeigt, in welchem Umfang sich die Kurspflege wirtschaftsrechtlich rechtfertigen läßt.
2003, 280 S., kart., 39,- €, 978-3-8305-0547-1

Band 42 Moritz Dimde

Rechtsschutzzugang und Prozessfinanzierung im Zivilprozess

Eine ökonomische Analyse des Rechts

Art und Wirkung der faktischen Zugangssperre sowie ihre Bedeutung als Lücke im Rechtsschutzzugang werden durch die Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf das Entscheidungskalkül eines Anspruchsinhabers verdeutlicht. Danach werden Rechtsnatur und Wirkungsweise des Prozessfinanzierungsvertrages untersucht, wobei sich zeigt, in welchen Fällen Prozessfinanzierung als Zugangshilfe in Betracht kommt. Schließlich wird auch der über den individuellen Nutzen hinausgehende gesamtgesellschaftliche Nutzen von Prozessfinanzierung erkennbar.

2003, 282 S., kart., 40,- €, 978-3-8305-0599-0

Band 43 Shuanggen Zhang

Das Publizitätsprinzip und der rechtsgeschäftliche Mobiliererwerb

Die Arbeit geht von einer rechtstheoretischen Analyse der Grundlagen des sachenrechtlichen Publizitätsbedürfnisses aus und legt den Schwerpunkt auf zwei Fragen: Wie lassen sich die sogenannten Durchbrechungen des Publizitätsprinzips beim Mobiliererwerb vom Berechtigten rechtfertigen? Inwieweit kann das Publizitätsprinzip im Bereich des gutgläubigen Mobiliererwerbs einen sachgerechten Beitrag zur Lösung der Inkongruenzfrage der §§ 933 und 934 BGB leisten?

2004, 250 S., kart., 35,- €, 978-3-8305-0811-3

Band 44 Hermann Ali Hinderer

Rechtsschutz von Unternehmen in der WTO

Neben einer ausführlichen Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen des Rechtsschutzes der Unternehmen in der Welthandelsordnung sollen zugleich Reaktionsmöglichkeiten für Unternehmen aufgezeigt werden, die sich mit den internationalen Handel beschränkenden staatlichen Maßnahmen konfrontiert sehen.

2004, 586 S., kart., 65,- €, 978-3-8305-0855-7

Band 45 Jan Thiessen

Unternehmenskauf und Bürgerliches Gesetzbuch

Die Haftung des Verkäufers von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen

Ein Jahrhundert Rechtsprechung zum alten BGB hat die Haftungspraxis beim Unternehmens- und Beteiligungskauf weit von den Vorstellungen der Gesetzesverfasser entfernt, die das Kaufrecht auch für ungeregelte Kaufgegenstände als geeignet ansahen und eine strenge Zusicherungshaftung durch eine kurze Verjährung abmilderten. Die Tradition des Partikularrechts trug zur Abkehr vom BGB ebenso bei wie die Erschütterungen des Privatrechts durch Inflation, Nationalsozialismus und Krieg.

2005, 517 S., geb., 68,- €, 978-3-8305-0988-2

Band 46 Christoph Lerche

Die Umsetzung privatrechtsangleichender Richtlinien auf dem Prüfstand des effet utile

Eine rechtsfolgenorientierte Untersuchung anhand eines deutsch-italienisch-europäischen Rechtsvergleichs

Das Werk richtet sich an alle, die in Wissenschaft oder Praxis sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene mit Fragen der Umsetzung privatrechtsangleichender Richtlinien befasst sind. Außerdem versteht es sich als Beitrag zur Konkretisierung des effet utile-Prinzips und ist somit für Europarechtler von allgemeinem Interesse.

2004, 392 S., kart., 49,- €, 978-3-8305-0854-0

Band 47 Lars Friske

Allgemeine Geschäftsbedingungen im Internet

Der Schutz des deutschen Verbrauchers vor missbräuchlichen Klauseln

Der Autor stellt die im Rahmen einer empirischen Erhebung ermittelten „internettypischen“ und „internet-spezifischen“ Klauseln in- und ausländischer Internet-Anbieter anhand einer eigenen Typologie vor. Nach Klärung der Frage des anwendbaren Rechts bei von deutschen Verbrauchern abgeschlossenen grenzüberschreitenden Internetverträgen werden die empirisch ermittelten Klauseln einzeln einer rechtlichen Prüfung unterzogen. Dabei weist der Autor nach, dass zahlreiche derzeit von Internet-Anbietern verwendete Klauseln unwirksam sind. Mit dem Modell eines Ombudsmanns für E-Commerce wird ein Lösungsansatz für eine Verbesserung des Verbraucherschutzes im Internet aufgezeigt.

2005, 295 S., kart., 39,- €, 978-3-8305-0891-5

Band 48 Jens Kuhlmann

Rückgriffsgrundlagen bei Gesamtschuld, Bürgschaft und Schadensversicherung in Deutschland, England und Schweden

Ein Beitrag zum europäischen Privatrecht

Ohne Länderberichte zu erstellen, untersucht die Arbeit kritisch die in Spezialgesetzen, dem Recht der Geschäftsführung ohne Auftrag und dem Bereicherungsrecht begegnenden Anspruchsgrundlagen. Außerdem beschäftigt sie sich intensiv mit Fragen des abgeleiteten Rückgriffs. Durchgehend liefert der Autor eine kritische Bestandsaufnahme und zeigt Gemeinsamkeiten und Abweichungen auf. Die unterschiedliche rechtshistorische Entwicklung der nationalen Rechtsordnungen und ihre unterschiedliche Schwerpunktsetzung bei der Behandlung des Rückgriffs erfordern einen vergleichsweise abstrakten Blickwinkel für die in Betracht kommenden Rückgriffsrechte.

2005, 482 S., kart., 58,- €, 978-3-8305-0893-9

Band 49 Matthias Wittschen

Die Zulässigkeit der zweistufigen Aktienemission

Eine Untersuchung unter Berücksichtigung des US-amerikanischen und des britischen Rechts

Die Arbeit zeigt die Gründe für die häufige Verwendung des sog. zweistufigen Emissionsverfahrens in der Praxis, untersucht die umstrittene Frage seiner Zulässigkeit und vergleicht sie mit der Rechtslage in den USA und Großbritannien.

2005, 395 S., kart., 49,- €, 978-3-8305-0993-6

Band 50 Sascha Lambert

Die Rolle des § 264 Abs. 2 HGB – true and fair view – im deutschen Bilanzrecht

Untersucht werden die europarechtlichen Wurzeln des deutschen Bilanzrechts, die nunmehr vorherrschende Informationen vermittelnde Hauptfunktion des Jahresabschlusses sowie das hierdurch veränderte GoB-System. Dabei tritt zu Tage, dass das HGB ein enormes Informationspotential besitzt, das GoB-System von Nichtkapitalgesellschaften und Kapitalgesellschaften nicht länger identisch ist und dass die steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften anderen Zielvorgaben gehorchen müssen als die handelsrechtlichen.

2005, 315 S., kart., 41,- €, 978-3-8305-1012-3

Band 51 Robert Thamm

Die rechtliche Verfassung des Vorstands der AG

Der Vorstand ist als das Leitungs- und Geschäftsführungsorgan der Aktiengesellschaft das für das Geschick der Gesellschaft wichtigste Organ. Zugleich finden sich im Aktienrecht jedoch nur wenige ausdrückliche Vorschriften für seine Binnenorganisation. Diese Arbeit erörtert für den mehrgliedrigen Vorstand, welche Konsequenzen sich aus diesen Vorschriften ergeben und welche ungeschriebenen Regeln darüber hinaus gelten. Dabei wird besonderes Augenmerk auf den Charakter des Vorstands als Kollegialorgan gelegt und auf die auch für andere Kollegialorgane geltenden Merkmale des Kollegialprinzips zurückgegriffen. Damit möchte das Buch nicht nur zur wissenschaftlichen Diskussion beitragen, sondern auch den Praktiker unterstützen.

Einen Schwerpunkt legt die Arbeit auf die Geschäftsverteilung der Vorstandsaufgaben innerhalb des Vorstands und auf nachgeordnete Ebenen. Die zwingend in die Gesamtzuständigkeit des Vorstands fallenden Aufgaben und die Interaktion der Vorstandsmitglieder bezüglich der ihnen zur Einzelzuständigkeit zugewiesenen Aufgaben werden erörtert.

2008, 399 S., kart., 59,- €, 978-3-8305-1525-8

Band 52 Christian Zeppenzauer

Genehmigungen in der Unternehmensumwandlung

Einfluss von Formwechsel, Verschmelzung und Spaltung auf Genehmigungen des Wirtschaftsverwaltungsrechts

Anhand ausgewählter Regelungsbereiche (BlmSchG, GenTG, KWG, PBefG, Luftfahrts-GenehmigungsVO [EWG] Nr. 2407/92) zeigt der Verfasser auf, dass jeweils differenzierte Tatbestände (z. B. Anzeigepflichten, Eingriffsermächtigungen) bestehen, die dem staatlichen Interesse an einer behördlichen Kontrolle von Umwandlungen Rechnung tragen, ohne dass der (Fort-)Bestand von Genehmigungen Einschränkungen erfahren müsste. Der Bindungswirkung von Genehmigungen („Bestandsschutz“) sowie der Zielsetzung des UmwG kann daher durch eine weitestgehende Fortgeltung von Genehmigungen zugunsten umgewandelter Unternehmen entsprochen werden; nur in Ausnahmefällen einer Spaltung gelten Einschränkungen.

2005, 458 S., kart., 52,- €, 978-3-8305-1106-9

Band 53 Jiang Bai

Erwerb eigener Geschäftsanteile im Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bilden die bislang weitgehend umstrittenen bzw. ungeklärten Einzelfragen beim Erwerb eigener Geschäftsanteile durch die GmbH. Die Schwierigkeiten bei der Beantwortung dieser Fragen liegen vor allem in den widerstreitenden Interessen der Vielzahl der Betroffenen, nämlich des ausscheidenden Gesellschafters, der verbleibenden Gesellschafter, der Gesellschaftsgläubiger sowie der Gesellschaft selbst, begründet. Die vorliegende Arbeit versucht in sechs Teilen, praktikable Lösungen herauszuarbeiten.

2005, 258 S., kart., 35,- €, 978-3-8305-1046-8

Band 54 Cecilia Carrara

Interessenkonflikte bei Interessenwahrungsverträgen

Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach italienischem und deutschem Recht und unter Berücksichtigung des Common Law

In dieser Arbeit wird das Thema der Interessenkonflikte bei Interessenwahrungsverträgen über die ganze Breite des Vertragsrechts und im Vergleich des deutschen und des italienischen Rechts behandelt, wobei auch die englischen und amerikanischen Erfahrungen als externes Vergleichselement herangezogen werden. Durch den Rechtsvergleich werden gemeinsame europäische Grundsätze für die Lösung von Interessenkonflikten herausgearbeitet. Darüber hinaus werden die Rechte behandelt, die dem Geschäftsherrn aus einer Verletzung der Interessenwahrungspflicht erwachsen, insbesondere der Schadensersatzanspruch und der Herausgabeanspruch.

2005, 234 S., kart., 33,- €, 978-3-8305-1086-4

Band 55 Jens Last

Der Erwerb eigener Aktien als Ausschüttungsinstrument

Deutsche Aktiengesellschaften können aufgrund des neu geschaffenen Erwerbstatbestandes in § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG nunmehr bis zu 10 % ihrer Anteile auch unabhängig von einem gesetzlich vorgegebenen Zweck zurückkaufen. Mit Blick auf die Aktionäre wurde ebenfalls auf die Vorzüge dieses Finanzierungsinstruments hingewiesen. Hierdurch konnte der Eindruck entstehen, Aktienrückkäufe seien per se eine Wohltat für alle Anteilseigner. Dem ist aber nicht so. Eine mit einer Dividendenzahlung vergleichbare Ausschüttung von Kapital an die Aktionäre setzt vielmehr eine bestimmte Gestal-

tung von Rückkaufprogrammen voraus. Im Rahmen dieser Arbeit soll geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen dies der Fall ist. Zudem sollen die konkreten Risiken und Gefahren aufgezeigt werden, die für die Anleger mit Aktienrückkäufen verbunden sind.

2006, 175 S., kart., 28,- €, 978-3-8305-1173-1

Band 56 Yunlin Rong

Die Entwicklung der Aufklärungspflichten – insbesondere im Kreditrecht

Bei der Entwicklung der Aufklärungspflichten – insbesondere im Kreditrecht – handelt es sich um ein Thema des allgemeinen Zivilrechts, das jedoch seine besondere Ausprägung im Bankrecht gefunden hat. Nochmals spezifischer ist der Zuschnitt dann im Kreditrecht. Das Thema wurde durchaus nicht selten abgehandelt. Gerade im Kreditbereich ist die Entwicklung der Aufklärungspflichten in den letzten Jahren tiefgreifend. Es ist jedoch bis heute nicht gelungen, eine allseits überzeugende Theorie zu entwickeln, die dem Rechtsanwender verlässliche Kriterien zur Verfügung stellt. Deswegen untersucht der Autor zunächst die theoretischen Grundlagen der Aufklärungspflichten, hinterfragt kritisch, setzt sich mit der Flut an Gerichtsentscheidungen auseinander, die zu den Aufklärungspflichten allein im Kreditvertragsrecht ergangen sind, und wagt zuletzt einen eigenen Lösungsversuch, ein so genanntes neues bewegliches System. Die Arbeit verbindet also eine vor allem allgemeine Umschau mit vielen spezifischeren Ausführungen zu dem kreditrechtlichen Geschäftsbereich.

2009, 265 S., kart., 39,- €, 978-3-8305-1614-9

Band 57 Xueze Zhang

Das verbrauchererschützende Widerrufsrecht nach §§ 355 ff. BGB und seine Aufnahme in das chinesische Recht

Besondere Fragestellungen zum Widerrufsrecht sind in der Literatur umstritten. Sie beschäftigen sich zunächst mit dem spannenden Verhältnis zwischen dem Widerrufsrecht und der Vertragsfreiheit, ferner mit der dogmatischen Konstruktion des Widerrufsrechts. Weiter werden die Rechtsfolgen des Widerrufs diskutiert sowie die Einordnung des Widerrufsrechts in das BGB. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen in der vorliegenden Arbeit dient nicht nur der Weiterentwicklung des Widerrufsrechts im deutschen Recht, sondern auch der Vorbereitung seiner Einführung in das chinesische Recht.

2006, 270 S., kart., 38,- €, 978-3-8305-1205-9

AUTORENREGISTER

- A**
Adamheit, Ulrich 6
Althaus, Heidi 3
Anderl, Thorsten 12
Archangelskij, Alexander 17
- B**
Bär, Fred G. 20
Bai, Jiang 26
Ballar, Oesten 9
Becker, Stephan 9
Bedau, Maren 6
Behrendt, Urs P. 16
Berg, Alexandra von 17
Boetzkes, Christian 23
Bornheim, Silvia 5
Botur, Andre 20
Brandner, Thilo 11
Brenner, Sven 18
Brockmann, Olav 23
Bröcker, Klaus T. 9
Brückner, Volker 20
Buchholz-Schuster, Eckardt 3
Bülow, Birgit von 3
Burchards, Wulf 16
Burghardt, Boris 18
- C**
Cárdenas, Claudia 17
Carrara, Cecilia 26
Catenhusen, Hanns-Christian 10
Chmel, Andreas 10
- D**
Danco, Anne 23
Danziger, Christine 20
Daubner, Robert 9
Dimde, Moritz 24
- E**
Eibich, Stephan M. 5
Escher, Markus 21
- F**
Fahnenschmidt, Willi 13
Friske, Lars 24
- G**
Gaul, Wolfgang 10
Gause, Bernhard 22
Gebhardt, Immanuel 23
Gerber, Stefan 4
Glos, Gabriel 10
Graf, Hans-Jörg 3
- Graf, Kristina 6
Grigoleit, Klaus Joachim 9
Guckes, Ulrike 19
- H**
Hackländer, Philipp 23
Härle, Philipp 23
Haferkamp, Hans-Peter 20
Harder, Guido 3
Hattstein, Gero 20
Heitsch, Joachim 20
Hinderer, Hermann Ali 24
Hohoff, Ute 14
Hoppe, Katharina 5
Hottenrott, Markus C. 23
Hullmann, Christian 12
- J**
Jeong, Mun-Sik 12
- K**
Kästner, Annett 8
Karitzky, Holger 15
Kastendieck, Kristina 3
Keil, Barbara 21
Keßler, Jutta 21
Kirschke, Christian 9
Kloepfer, Michael 9
Klopsch, Angela 8
Klose, Tobias 21
Klump, Guido 14
Knauer, Florian 17
Knauf, Verena 8
Koch, Andreas 5
Koch, Tina A. 22
Koppe, Karoline 6
Krämer, Joachim 3
Kramm, Beatrice 21
Kuhlmann, Jens 25
Kurze, Dietmar 7
Kutz, Florian 14
- L**
Lambert, Sascha 25
Lang, Matthias 9
Last, Jens 26
Lehmann-Richter, Arnold 8
Lenz, Andreas 21
Lerche, Christoph 24
Linkenheil, Beate 15
Löwenberg, Fabian 10
Lüders, Barbara 16
Lüke, Monika 10
- M**
Mackensen, Catherine 22
Maier, Christoph 7
Makowski, Valerie Julia 22
Martin, Marco 11
Marxen, Klaus 14
Masing, Tobias 20
Mende, Boris 14
Meseke, Stephan 16
Meßerschmidt, Klaus 10
Meyer, Ingo 10
Meyring, Bernd 11
Michael, Gerhard 9
Middendorf, Stefan 22
Miyazawa, Koichi 14
Möller, Berenice 21
Möller, Ulrich 8
Mollnau, Marcus 4
Müller, Jan 14
Müller, Michael 22
- N**
Nappert, Thomas 13
Nerlich, Volker 15
Nieland, Dörte 12
- O**
Osten, Philipp 15
Ott, Andreas 3
Ott, Martin 12
Otto, Christian-Wolfgang 10
- P**
Palomo Suárez, Gregoria 19
Peterson, Ines 20
Pörnig, Claudia 21
Preibusch, Sophie Charlotte 7
Prüfer, Geraf 15
- R**
Raedel, Christiane 3
Raiser, Thomas 3
Reich, Torsten 4
Reuß, Ernst 4
Roenne, Hans Hubertus von 3
Rossi, Matthias 9
Roßkopf, Ulrich 18
Roskopf, Annette 4
Rübesamen, Christina 20
Rummmler, Toralf 13
- S**
Sayatz, Andre 21
Schammler, Anja 19
- Scheulen, Andreas 5
Schilling, Theodor 3
Schifßau, Roland 16
Schlinkert, Hans-Jürgen 20
Schröder, Jan 11
Schröder, Rainer 3, 23
Schweinitz, Sebastian von 11
Seelig, Marie Louise 7
Selle, Dirk von 13
Simon, Sema 20
Sonntag, Esther 6
Straten, Axel von der 3
- T**
Thaetner, Thomas 5
Thamm, Robert 25
Thauer, Jenny 4
Theißen, Heinrich 22
Thiemrodt, Ivo 13
Thiessen, Jan 24
- U**
Unger, Jobst-Friedrich von 4
Uwer, Dirk 9
- V**
Veil, Rüdiger 20
Vogl, Ralf 13
Vothknecht, Michael 6
- W**
Wagner, Heinz Josef 7
Weber, Tim 13
Weber-Lejeune, Stefanie 9
Weimer, Pascal 4
Werle, Gerhard 14, 18
Westphal, Frank 23
Wiesche, Jens Schulze zur 22
Wingenfeld, Heiko 17
Wittschen, Matthias 25
Wolframm, Regina 21
- Y**
Yuqing, Zhang 23
- Z**
Zenke, Ines 21
Zeppenzauer, Christian 25
Zhang, Shuanggen 24
Zhang, Xuezhe 26

